

Jahresabschluss
und
Lagebericht
2014



**Jahresabschluss und Lagebericht der
BAG Bankaktiengesellschaft 2014**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft 2014	3
Jahresabschluss der BAG Bankaktiengesellschaft 2014	31
- Bilanz	32
- Gewinn- und Verlustrechnung	34
- Anhang.....	35
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	57
Bericht des Aufsichtsrates	59



**Lagebericht der
BAG Bankaktiengesellschaft 2014**

Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft für das Jahr 2014

1	Grundlagen des Unternehmens	5
1.1	Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft	5
1.2	Ziele und Strategien	5
1.3	Das Steuerungssystem.....	6
2	Wirtschaftsbericht	7
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen..	7
2.2	Geschäftsverlauf	8
2.3	Projekt „Kulturwandel“	9
2.4	Projekt „Neuausrichtung IT“	9
2.5	Lage	10
2.5.1	Ertragslage.....	10
2.5.2	Finanzlage	11
2.5.3	Vermögenslage	12
2.6	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	12
2.6.1	Finanzielle Leistungsindikatoren	12
2.6.2	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	12
3	Nachtragsbericht	14
4	Prognose-, Chancen- und Risikobericht	14
4.1	Prognosebericht.....	14
4.2	Chancen-/Risikobericht.....	16
4.2.1	Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements.....	16
4.2.2	Deckung der Risikoaktiva durch haftende Eigenmittel	17
4.2.3	Risikotragfähigkeit	18
4.2.4	Risikoarten und ihre Steuerung	19
4.2.5	Interne Revision	29
4.2.6	Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.....	29

Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft 2014

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell der BAG Bankaktiengesellschaft

Die BAG ist das Kompetenzcenter der genossenschaftlichen FinanzGruppe für die Bearbeitung von Problemkreditengagements, Problemimmobilien und problematischen Beteiligungen und versteht sich als proaktiver Problemlöser und Partner für die Mitglieder der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Das Geschäftsgebiet der BAG ist im Inland und der Hauptsitz ist Hamm. Weitere Standorte befinden sich u.a. in Unna, Berlin, Frankfurt am Main, Stuttgart, Hamburg, Leipzig und München. Die BAG beschäftigte im Jahresdurchschnitt 144 Mitarbeiter und weitere 410 Mitarbeiter in den konsolidierten Tochtergesellschaften. Vertragspartner der BAG sind die Mitglieder der genossenschaftlichen FinanzGruppe, die Problemfälle von der BAG im Servicing bearbeiten lassen bzw. Problemkreditforderungen, Problemimmobilien und/oder problembehaftete Beteiligungen auf die BAG übertragen. Darüber hinaus ist die BAG im Rahmen von Servicing-Dienstleistungen in Einzelfällen für Kreditinstitute außerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe tätig.

Die Produkt- und Dienstleistungspalette der BAG orientiert sich an ihrer Aufgabenstellung. Dabei gilt der Grundsatz, dass der Ankauf von Risiken nur von Mitgliedern der genossenschaftlichen FinanzGruppe erfolgt, ein Risikotransfer aus anderen Gruppen in die genossenschaftliche FinanzGruppe erfolgt nicht.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die BAG der Unterstützung von Gesellschaften der BAG-Gruppe, die neben den Dienstleistungsgesellschaften zahlreiche Zweckgesellschaften umfasst.

1.2 Ziele und Strategien

Die BAG verfolgt im Rahmen ihrer Aufgabenstellung eine Qualitätsführerstrategie. Ferner verfolgt sie mittelfristig das Ziel einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 5% auf das vom Hauptaktionär bereitgestellte Kapital.

Die BAG strebt für die strategisch definierten Geschäftsfelder weiterhin eine Konsolidierungsstrategie an, da das geplante Neugeschäftsvolumen der Geschäftsjahre 2015 und 2016 voraussichtlich nicht ausreichen wird, um den Bestandsabbau des derzeit vorhandenen Geschäftsvolumens zu kompensieren. Ab dem Geschäftsjahr

2017 wird Neugeschäftsvolumen erwartet, welches der Höhe nach das planmäßig abschmelzende Volumen mindestens ersetzt.

Um die Ertragskraft hinreichend und dauerhaft zu sichern, soll bis Ende des Geschäftsjahres 2018 ein Kreditbearbeitungsvolumen von Mrd. EUR 1,2 vorhanden sein. Vorübergehend wird der Abbau der Bestände nicht durch die Akquise von Neugeschäft kompensiert werden können, sodass zunächst ein sinkendes Bearbeitungsvolumen erwartet wird, welches jedoch Mrd. EUR 0,9 im Jahresdurchschnitt nicht unterschreiten soll.

Auf Basis der gruppenweiten Immobilienstrategie wird weiterhin der Abbau der Immobilienbestände verfolgt. Die zu vermarktenden Objekte sind priorisiert. Verkauft werden vorrangig Immobilien mit negativen Deckungsbeiträgen. Damit einhergehend soll der Ergebnisbeitrag des gesamten Immobilienportfolios gesteigert werden. In Ausnahmefällen werden unter Berücksichtigung der Marktlage auch Objekte mit positiven Deckungsbeiträgen veräußert.

Die überwiegend Immobilien besitzenden Zweckgesellschaften werden sich in den Folgejahren aufgrund der Immobilienabbaustrategie weiter reduzieren. Für die Dienstleistungsge-

sellschaften wird eine Ausweitung ihres Dienstleistungsangebots angestrebt.

1.3 Das Steuerungssystem

Dem Bereich Finanzen obliegt die konzernweite Steuerung der Wirtschaftlichkeit der BAG-Gruppe durch Überwachung der wesentlichen, innerhalb eines definierten Gesamtbankzielsystems geplanten, betriebswirtschaftlichen Kennziffern. Um die nachhaltige Sicherung der Wirtschaftlichkeit zu erreichen, wurde für die BAG-Gruppe insbesondere die risikoorientierte Kapitalrendite „RORAC“ (Return On Risk Aadjusted Capital) als Spitzenkennzahl für Zwecke der Steuerung mit einem Zielwert von 5 % definiert. Sie wird über folgende Formel berechnet:

$$\text{RORAC} = \frac{\text{Nettoergebnis}}{\text{Risikokapital}}$$

Der Bereich Finanzen überwacht darüber hinaus quartalsweise die GuV- und Bilanzplanung der BAG und der BAG-Gruppe. Zielsetzung ist die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen (z. B. Abweichungen von Volumenzielen) für den Vorstand der BAG. Zudem verfolgt der Bereich Finanzen den Fortschritt der Kreditbearbeitung und des Abbaus des Immobilienbestandes durch zielgerichtete Auswertungen und bereitet die steue-

rungsrelevanten Informationen auf Konzernebene für den Vorstand auf.

Wichtige Entscheidungen über Projekte, mit denen die BAG auf interne oder externe Einflüsse reagiert, werden grundsätzlich auf Geschäftsleitungsebene unter Einbindung der fachlich zuständigen Bereichsleiter getroffen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2%¹. Obwohl die Rate deutlich über den beiden Vorjahren lag, war die konjunkturelle Dynamik nach Einschätzung der Konjunkturoxperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) eher schwach und das Ergebnis dem witterungsbedingt starken Jahresauftakt sowie dem deutlich angezogenen Konsumverhalten geschuldet². Für das Kalenderjahr 2015 wird ein gegenüber

dem Vorjahr geringerer Produktionsanstieg erwartet. Für das Bruttoinlandsprodukt wird eine Zunahme um 1,2% im Jahr 2015 erwartet³.

Der Immobilienmarkt in Deutschland, dem aufgrund der überwiegend immobilienbesicherten Kredite und des Immobilienbestands der BAG Bankaktiengesellschaft eine besondere Bedeutung beizumessen ist, wird insgesamt, auch von ausländischen Investoren, weiterhin als sehr attraktiv beurteilt. Dabei ist jedoch eine unterschiedliche Wert- und Preisentwicklung der Immobilien in Abhängigkeit sowohl von der Makro- und Mikrolage als auch von der Objektart erkennbar. Während in Metropolregionen spürbare Preisanstiege festzustellen sind, bleibt die Preisentwicklung in ländlich strukturierten Räumen verhalten, wenngleich auch dort zuletzt etwas dynamischer als noch im Geschäftsjahr 2013.

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen spiegeln sich bei der Entwicklung der sich im Bestand befindenden Kredite, Immobilien und Beteiligungen wider. Aufgrund der überwiegend positiven Konjunktur in Deutschland konnten die Bilanzbestände deutlich reduziert werden. Gleichwohl die Neugeschäftsakquise

¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 15.01.2015

² DIW Berlin, Pressemitteilung vom 15.01.2015

³ Forschungsinstitute, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014

bei den Mitgliedern der genossenschaftlichen FinanzGruppe weiterhin erschwert ist, lag das akquirierte Neugeschäftsvolumen über den Erwartungen und deutlich über dem Vorjahreswert.

Die Regulierungsdichte für Banken hat sich in vielen Bereichen – auch als Folge der Finanzmarktkrise und losgelöst vom tatsächlichen, insbesondere systematischen Risikopotenzial – massiv erhöht. Die Vielzahl der Novellierungen, Modernisierungen und Neuregulierungen im Bankaufsichtsrecht hat auch bei der BAG Bankaktiengesellschaft einen zusätzlichen administrativen Aufwand verursacht und wird weiter zunehmen. Materiell wirken sich insbesondere die Regelungen zum Eigenkapital mittelfristig auch für die BAG Bankaktiengesellschaft bzw. die BAG-Gruppe belastend aus, da über das eingezahlte Kapital hinaus keine Möglichkeit zum Aufbau von Risikodeckungsmasse besteht.

2.2 Geschäftsverlauf

Anhand der von den Mitgliedern der genossenschaftlichen FinanzGruppe in ihren Offenlegungsberichten publizierten Daten zum Problemkreditvolumen hat per 31.12.2013 ein Problemkreditvolumen in Höhe von rund Mrd. EUR 19,0 bestanden.

Die anhaltende positive, wirtschaftliche Situation erfordert von den Primärbanken keinen akuten Handlungsbedarf hinsichtlich einer Reduzierung des Problemkreditbestandes. Die beharrliche Niedrigzinsphase sowie die verflachte Zinsstrukturkurve führen zu rückläufigen Zinserträgen und begründeten bereits im Jahr 2014 eine erhöhte Bereitschaft zur Auslagerung von problembehafteten Risikoaktiva (Quelle: Kundenzufriedenheitsanalyse mit IfG, 11.2014). Die Primärbanken sind aufgrund des anhaltenden Kostendrucks mittelfristig weiter gefordert, Kostenoptimierungen vorzunehmen, um am Markt handlungsfähig zu bleiben. Daher ist auch mittelfristig für die Jahre 2015 bis 2019 ein kontinuierlich steigendes Neugeschäftsvolumen der BAG Bankaktiengesellschaft zu erwarten.

Die beschriebene Situation spiegelt sich auch in den Vertriebszahlen der BAG wie folgt wider:

Im Jahr 2014 konnte ein deutliches Plus von 62% beim Neugeschäft (Mio. EUR 174 im Vergleich zum Vorjahr mit Mio. EUR 108) festgestellt werden. Damit sind die für 2014 gesetzten Vertriebsziele sogar deutlich übertroffen worden. Großer Treiber war vorwiegend die Auslagerung von Problemkrediten zur Bearbeitung mit einem Anteil von 74 % (Mio. EUR 129,

Vorjahr: Mio. EUR 58) des Gesamtgeschäftsvolumens. Das ehemals vorrangige Produkt BAG-Forderungsankauf macht nur noch knapp 10% (Mio. EUR 17, Vorjahr: Mio. EUR 35) des Gesamtvolumens aus. Darüber hinaus wurden Sondergeschäfte (z.B. Erwerberfinanzierungen) in Höhe von Mio. EUR 28 (Vorjahr: Mio. EUR 15) getätigt.

Basierend auf der dargestellten Situation ist für die kommenden Jahre mit einer weiterhin positiven Entwicklung des BAG-Neugeschäftes zu rechnen. Neben einem weiter steigenden Vertriebsergebnis im Bereich Servicing, welches vor allem durch ein neues Preismodell für die Primärbanken attraktiver gestaltet werden soll, ist eine Verstärkung des positiven Trends durch neue Produkte vorgesehen. Hierzu gehören der Ankauf und das Servicing im Segment „Abbauportfolio“ ebenso, wie – im Rahmen des Servicing – die Beratung bei der Erstellung und Begleitung von Abwicklungs- und Sanierungskonzepten. Deshalb erwartet die Bank – verbunden mit weiteren Maßnahmen – ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von Mio. EUR 186 für das Geschäftsjahr 2015.

2.3 Projekt „Kulturwandel“

Im Rahmen des bereits im Dezember 2013 initiierten Projektes „Kulturwandel“ wurden mittlerweile sämtliche Prozesse und die Aufbauorganisation

der Bank mit den Schwerpunkten Risikocontrolling, Bearbeitung/Risikomanagement und Organisation/IT einer Überprüfung unterzogen. Der hierbei identifizierte Anpassungsbedarf wurde zu großen Teilen bereits aufgegriffen und entsprechende Veränderungen vorgenommen. Wir gehen heute davon aus, dass das Projekt zum 30.03.2016 mit der Einführung prozessbegleitender IT-Anwendungen beendet sein wird. Es besteht insofern ein enger Zusammenhang zu dem ebenfalls im Geschäftsjahr 2013 gestarteten Projekt „Neuausrichtung IT“. Die sich fortlaufend weiter entwickelnden regulatorischen Anforderungen werden auch zukünftig durch eine ständige Überwachung und ggf. Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation begleitet.

2.4 Projekt „Neuausrichtung IT“

Das Projekt „Neuausrichtung IT“ nahm seine Arbeit im Dezember 2013 auf. Im Verlauf des Projektes wird die bestehende IT-Landschaft der BAG vollständig abgelöst und durch Standardinfrastruktur und -anwendungen ersetzt. Ziele sind die Optimierung der bankinternen und kundenbezogenen Prozesse, die Einhaltung der regulatorischen und IT-sicherheitstechnischen Anforderungen sowie die Reduzierung der IT-Kosten. In 2014 wurden bereits erste Standardinfrastrukturkompo-

zenten und -anwendungen erfolgreich eingeführt. Nach einer Konsolidierung der Teilergebnisse im Herbst 2014 wurde das Projektende auf den 30.06.2016 festgelegt. Das neue Projektende berücksichtigt die extern vorgegebenen Releasezyklen der IT-Dienstleister und entlastet die internen Personalkapazitäten.

2.5 Lage

2.5.1 Ertragslage

Das Ergebnis der BAG ist weiterhin durch die besondere Aufgabenstellung geprägt. Den vielfach zinslosen oder minderverzinslichen Forderungen an Kunden stehen marktüblich verzinsliche Refinanzierungen gegenüber. Auch im Geschäftsjahr 2014 konnte aufgrund der günstigen Zinsentwicklung ein positives Zinsergebnis in Höhe von Mio. EUR 30 (Vorjahr: Mio. EUR 27) erwirtschaftet werden.

Aufgrund von getroffenen Vereinbarungen mit der Sicherungseinrichtung des BVR wurde die Sicherungseinrichtung im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von Mio. EUR 7 (Vorjahr: Mio. EUR 23) für mit Garantien übertragene Kredite in Anspruch genommen. Die hieraus resultierenden Erträge wurden für erforderliche Risikovorsorgen und Abschreibungen verwendet. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr weitere ergebniswirksame

Risikovorsorgen für Kundenforderungen gebildet, denen Erträge aus der Freisetzung von Einzelwertberichtigungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen gegenüberstehen. Nach Berücksichtigung der in Anspruch genommenen Garantien beläuft sich das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft wie im Vorjahr auf Mio. EUR -3.

Während der bankeigene Immobilienbestand im Geschäftsjahr 2013 mit einem Erfolgsbeitrag vor Zinsen von Mio. EUR 2 zum Geschäftsergebnis beitragen konnte, ergab sich aus den Immobilien des Eigenbestandes im Berichtsjahr ein Verlustbeitrag von Mio. EUR 1. Dabei standen den Erträgen aus Mieten, Verkaufsgewinnen, Zuschreibungen und sonstigen Geschäftsvorfällen in Höhe von Mio. EUR 22 (Vorjahr: Mio. EUR 23) Aufwendungen aus der Immobilienbewirtschaftung, Verkaufsverlusten, Abschreibungen und übrigen Aufwendungen mit einem Gesamtbetrag von Mio. EUR 23 (Vorjahr: Mio. EUR 21) gegenüber.

Die Personalaufwendungen sind im Berichtsjahr aufgrund von Tarifsteigerungen und einer im Durchschnitt des Berichtsjahres höheren Anzahl von Mitarbeitern um 6 % gestiegen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Mio. EUR 36; Vorjahr: Mio. EUR 34) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 4 % erhöht. Gleichzeitig beliefen sich die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen mit Mio. EUR 7 auf dem Niveau des Vorjahres.

Im Übrigen zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung ein ausgeglichenes Ergebnis.

2.5.2 Finanzlage

Die Refinanzierungen bei den genossenschaftlichen Zentralinstituten stellen mit 73 % (Vorjahr: 74 %) wie in den Vorjahren die wesentlichsten Fremdfinanzierungsmittel der BAG Bankaktiengesellschaft dar. Diese wurden innerhalb der jeweiligen Kreditrahmen zu marktüblichen Konditionen aufgenommen. Zum Bilanzstichtag beliefen sich die freien Refinanzierungsmöglichkeiten auf Mio. EUR 2.075. Des Weiteren sind Kündigungsmöglichkeiten durch die Zentralkreditinstitute nur eingeschränkt möglich. Die daneben in deutlich kleinerem Umfang bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen zum wesentlichen Teil auf den Gesellschafter BVR sowie auf Einlagen von Tochter- und Enkelgesellschaften der BAG-Gruppe.

Beide werden teilweise zur Minderung des Kreditrisikos eingesetzt.

2.5.2.1 Kapitalstruktur

Neben den unter Punkt 2.5.2 beschriebenen Refinanzierungsmitteln stellt das unverändert zu 99,9 % vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. zur Verfügung gestellte Eigenkapital die zweite Säule der Kapitalstruktur der BAG dar. Außerdem wurde die BAG im Geschäftsjahr 2013 ermächtigt, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister mit Zustimmung des Aufsichtsrates gegen Bareinlage um bis zu Mio. EUR 18 durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 25 % (Vorjahr: 22 %) der Bilanzsumme zum Abschlussstichtag.

2.5.2.2 Investitionen

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Projektes „Neuausrichtung IT“ mit Mio. EUR 1 wesentliche Investitionen in Hardware und Software getätigt. Für das Jahr 2015 sind für die Umsetzung dieses Projektes weitere Investitionen in Höhe von Mio. EUR 1 geplant.

2.5.3 Vermögenslage

Die Struktur des Vermögens und des Kapitals der BAG ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Kundenforderungen haben sich um Mio. EUR 203 auf Mio. EUR 827 ermäßigt (Vorjahr: Mio. EUR 1.030).

Unter Berücksichtigung der planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen beträgt der Gesamtbestand der Immobilien der BAG zum Jahresende 2014 Mio. EUR 123 (2013: Mio. EUR 140). Hiervon werden Mio. EUR 102 (2013: Mio. EUR 116) im Sachanlagevermögen ausgewiesen. Zum 31.12.2014 wurden Immobilien des Umlaufvermögens, die länger als fünf Jahre im Bestand sind und bei denen ein kurzfristiger Verkauf absehbar nicht erreicht werden kann, mit einem Volumen von Mio. EUR 1 vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet. Grundsätzlich ist der Immobilienbestand für den Abverkauf vorgesehen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ist geordnet. Die nach der Liquiditätsverordnung einzuhaltende Relation zwischen Zahlungsmitteln und -verpflichtungen wurde während des gesamten Geschäftsjahres eingehalten.

2.6 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.6.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die Bank und die BAG-Gruppe dient die risikoadjustierte Kapitalrendite „RORAC“ als Spitzenkennzahl zur Steuerung mit einem definierten Zielwert von 5 % (vgl. 1.3 Das Steuerungssystem). Im Jahresverlauf schwankte diese Spitzenkennzahl und lag zum Stichtag 31.12.2014 bei 0,47 %. Weitere finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung der Bank und der BAG-Gruppe stellen die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen Zins- und Provisionsspanne, Personalaufwandsspanne, Sachaufwandsspanne und Bewertungsergebnisspanne dar.

Im Geschäftsjahr 2014 ergaben sich nachfolgende Abweichungen von den Planwerten für diese Kennzahlen (Zins- und Provisionsspanne: Plan 2,16 %, Ist 2,76 % / Personalaufwandsspanne: Plan 0,98 %, Ist 0,91 % / Sachaufwandsspanne: Plan 1,79 %, Ist 2,29 % / Bewertungsergebnisspanne: Plan 0,84 %, Ist -0,27 % unter Berücksichtigung von Zahlungen der Sicherungseinrichtung des BVR).

2.6.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die BAG-Gruppe ist das Kompetenzzentrum der genossenschaftlichen

FinanzGruppe für die Bearbeitung von Problemengagements und versteht sich als proaktiver Problemlöser und Partner für die Mitglieder der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Dabei verfolgt die BAG Bankaktiengesellschaft bzw. die BAG-Gruppe im Rahmen ihrer Aufgabenstellung eine Qualitätsführerstrategie. Um diese Qualitätsführerschaft dauerhaft sicherzustellen, muss die Aufbau- und Ablauforganisation der BAG-Gruppe regelmäßig überprüft und – wo erforderlich – angepasst werden. Im Rahmen des Projektes „Kulturwandel“ wurde die Entwicklung eines neuen Unternehmensleitbildes initiiert und in 2014 abgeschlossen.



Abbildung: grafische Darstellung des Leitbildes der BAG

Dieses Leitbild berücksichtigt den BVR, die Primärbanken bzw. Verbundunternehmen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als wesentliche Stakeholder der BAG-Gruppe und fokussiert auf die „weichen Unternehmensziele“ Qualität, Erfolg, Vertrauen

und Kompetenz. Die genaue Ausgestaltung erfolgte unter Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So konnte sichergestellt werden, dass die Ausgestaltung des Leitbildes elementarer Bestandteil des Projektes ist und zu einer hohen Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führt. Ergänzt wird das Leitbild durch damit verzahnte Führungsgrundsätze und einen Verhaltenskodex.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels betreibt die BAG eine aktive Personalbedarfsplanung. Diese berücksichtigt sowohl aus Altersgründen ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie auch Veränderungen im Personalbestand aufgrund von Eigenkündigungen. Da es einen anerkannten Ausbildungsberuf zum „Problemkreditmanager“ nicht gibt und geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bearbeitung von Problemkrediten nur im begrenzten Umfang über den Arbeitsmarkt akquiriert werden können, bildet die BAG eigene Mitarbeiter aus.

Die Basis bildet die innerbetriebliche Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement (m/w). Bei entsprechenden Leistungen absolvieren die Auszubildenden zusätzlich ein nebenberufliches Verbundstudium an der BiTS

Iserlohn zum Wirtschaftsjuristen (Abschluss: Bachelor of Laws).

Damit das Fernstudium während der „Ausbildung“ bei der BAG beendet werden kann, schließt sich an die Ausbildungszeit eine Traineezeit an, in der sich die innerbetriebliche Ausbildung mit dem Schwerpunkt der Kreditbearbeitung fortsetzt.

Zur weiteren Spezialisierung der Mitarbeiter bildet die Bank in Zusammenarbeit mit der Akademie Deutscher Genossenschaften ADG alle relevanten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu „zertifizierten Problemkreditmanagern ADG“ aus. Bislang konnten diese Ausbildung 32 Mitarbeiter/-innen erfolgreich absolvieren.

Zusätzlich stellte die BAG im Geschäftsjahr 2014 ein Budget in Höhe von 145 TEUR für Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung.

Die Vergütung der Mitarbeiter der BAG richtet sich grundsätzlich nach dem Manteltarifvertrag und Vergütungstarifvertrag für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die genossenschaftlichen Zentralbanken. In Einzelfällen gewährt die BAG über die tariflichen Zahlungen hinausgehende fixe Zulagen. Diese sind im Wesentlichen abhängig von der Erfahrung und der qualifizierten Aufgabenwahrnehmung des Mitarbeiters und in den jeweiligen

Anstellungsverträgen geregelt. Daneben gibt es auch außertariflich entlohnte Mitarbeiter.

Negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen im Sinne der InstitutsVergV gehen von den fixen Gehaltsbestandteilen sowie den abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen oder Individualvereinbarungen nicht aus. Im Bereich der Kontrolleinheiten setzt die BAG über das Vergütungssystem keine Anreize, die der Überwachungsfunktion dieser Einheiten zuwider laufen könnten. Auch in diesen Bereichen wird fix vergütet.

3 Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2014 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BAG Bankaktiengesellschaft haben.

4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein weiterer Bilanzsummenabbau um 34 % auf Mio. EUR 686 erwartet. Diese voraussichtliche Entwicklung resultiert - neben dem weiteren Abbau der Immobilienbestände der BAG-Gruppe - aus dem überproportionalen Bestandsab-

bau von Kundenforderungen ggü. der bilanzwirksamen Akquise von Neugeschäftsvolumen. Dem Abbau der Aktiva folgend werden sich auch die Refinanzierungsmittel weiterhin rückläufig entwickeln.

Ausgehend von den Planungen und der nach wie vor bestehenden, unbefristeten Besserungsscheinverpflichtung gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. wird für das Geschäftsjahr 2015 kein Gewinnausweis erwartet. Die Prognose für das Betriebsergebnis liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Dieses wird wesentlich von einem positiven Zinsergebnis sowie positiven Ergebnisbeiträgen aus dem Bewertungsergebnis getragen. Für das Zinsergebnis, welches ein leicht steigendes, aber insgesamt weiterhin sehr niedriges Zinsumfeld berücksichtigt, wird ein Rückgang um 39 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Diese Entwicklung wird sowohl durch den geplanten Abbau von Kundenforderungen als auch der Akquise von bilanzwirksamen Neugeschäftsvolumen beeinflusst.

Während im Berichtsjahr ein leicht negatives Bewertungsergebnis erzielt wurde, wird für das Geschäftsjahr 2015 von einem deutlich positiven Ergebnisbeitrag ausgegangen. Diese Verbesserung setzt voraus, dass eine

stringente Bearbeitung der Kreditportfolien unter Einhaltung der kalkulierten Bearbeitungsfristen und -kosten sowie der Realisierung der kalkulierten Cashflows erfolgt.

Ferner wird die wirtschaftliche Entwicklung von der Akquise von Neugeschäftsvolumen beeinflusst. Für das Geschäftsjahr 2015 wird eine Steigerung der Vertriebsleistung von 6,7% und damit verbunden die Übernahme eines Bearbeitungsvolumens in den Bereichen Ankauf und Servicing von Mio. Euro 186 erwartet. Diese geplante Vertriebsleistung berücksichtigt nahezu unveränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein zunehmendes Kostenbewusstsein der Banken verbunden mit dem Ausloten von Alternativen zur eigenen Problemerkreditbearbeitung. Neben der Marktbearbeitung über das installierte, integrierte Vertriebssystem sollen zusätzliche Impulse durch den Einsatz eines neuen Preismodells für die Bearbeitung von Problemerkreditengagements im Servicing erfolgen.

Negative Abweichungen von der Ergebnisplanung für das Geschäftsjahr 2015 können eintreten, wenn das erwartete Zinsergebnis aufgrund eines geringeren Neukreditvolumens oder aber eines unerwarteten Zinsanstiegs nicht erreicht werden kann. Darüber hinaus kann eine weitere konjunkt-

relle Erholung in Deutschland den Abbau der Kredit- und Immobilienportfolien beschleunigen, die Neugeschäftsakquisition erschweren und damit verbundenes Ertragspotenzial fehlen.

Auf Basis dieser Erwartungen ergibt sich für die Spitzenkennzahl „RORAC“ ein Zielwert in Höhe von 1,75 %, mithin 1,28 Prozentpunkte mehr als zum 31.12.2014. Bei einem sinkenden Zinsergebnis wird eine Zins- und Provisionsspanne in Höhe von 2,21 % erwartet. Auslöser für den Anstieg der Personalaufwandsspanne von 0,91 % auf 1,11 % ist bei leicht reduzierten Personalaufwendungen der erwartete Bilanzsummenrückgang. Bedingt durch günstigere andere Verwaltungsaufwendungen sowie niedrigere Abschreibungen auf Immobilien des Anlagevermögens wird von einer Verringerung der Sachaufwandsspanne um 0,32 Prozentpunkte auf 1,97 % ausgegangen. Dabei werden die wesentlichen Projekte „Kulturwandel“ und „IT“ auch im Jahr 2015 zu wesentlichen Sachaufwendungen führen, welche erst im Geschäftsjahr 2016 wieder unter das Niveau des Berichtsjahres fallen werden. Andererseits werden im Rahmen des Projektes „IT“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Tochtergesellschaft BAG IT-Service in die Bank übernommen. Die beschriebenen Effekte bei den einzelnen Komponen-

ten des Bewertungsergebnisses führen dazu, dass eine Bewertungsergebnisspanne in Höhe von 1,43 % erwartet wird.

Obwohl die voraussichtliche Entwicklung der BAG-Gruppe von einer Konsolidierung geprägt ist, wird die BAG ihrer speziellen Aufgabenstellung als Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Bereich der Bearbeitung und Übernahme von Problemkrediten, -beteiligungen und -immobilien auch weiterhin gerecht werden.

4.2 Chancen-/Risikobericht

4.2.1 Zielsetzung und Grundlagen des Risikomanagements

Jede Unternehmenstätigkeit wird von allgemeinen Risikofaktoren beeinflusst. Darüber hinaus bestehen spezifische Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten verbunden sind.

Ziel des Risikomanagementsystems der BAG Bankaktiengesellschaft ist es, die für das Kreditinstitut als relevant und wesentlich erkannten Risiken zu bewerten, zu begrenzen, zu überwachen, zu berichten und somit die Existenz der Bank langfristig zu sichern. Darüber hinaus wird durch ein zielgerichtetes Risikomanagement auch die frühzeitige Erkennung von Chancen

ermöglicht, die als positive Planabweichungen verstanden werden.

Der Vorstand hat Rahmenbedingungen für die risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. In der Rahmenanweisung des Vorstands der BAG zum gruppenweiten Risikomanagement werden in Ergänzung zu den Ausführungen in der Geschäfts- und Risikostrategie Regelungen für das gruppenweite Risikomanagement getroffen sowie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festgelegt. Konkretisiert werden diese vom Vorstand für das gruppenweite Risikomanagement festgelegten "Spielregeln" insbesondere in den Fachkonzepten der Bank zum (gruppenweiten) Risikomanagement sowie im Risikohandbuch der BAG. Darüber hinaus sind im Organisationshandbuch der Bank Arbeitsanweisungen und Organisationsrichtlinien zu einzelnen Themen des Risikomanagements veröffentlicht, die Regelungen für die operative Umsetzung der einzelnen Fachkonzepte enthalten.

Die Methoden und Verfahren sowie die grundsätzlichen organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zum Risikomanagementsystem sind im Risikohandbuch dokumentiert. Funktional sind Risikomanagement und Marktbereich bis auf Vorstandsebene getrennt.

Zur Beurteilung und Berichterstattung der Risikosituation ist ein Berichtswesen installiert, das sowohl turnusmäßige Risikoberichte als auch Ad-hoc-Berichte umfasst.

Verantwortlich für die Steuerungs- und Controllingprozesse sowie die Berichterstattung über die Risikosituation ist der Bereich Risikocontrolling. Dieser Bereich ist nicht in das operative Geschäft eingebunden und dem Vorstandsmitglied Kunsleben unmittelbar unterstellt.

Die BAG hat im ersten Halbjahr 2014 ihre Risikotragfähigkeitsrechnung grundlegend überarbeitet. So wurde, ergänzend zum bereits implementierten Gone-Concern-Ansatz, die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine Going-Concern-Berechnung („ergänzender Steuerungsansatz“), erweitert. Die Verfahren zur Messung wesentlicher Risiken wurden aufgrund der im Rahmen der Konzeptionierung des Going-Concern-Ansatzes festgestellten Verbesserungspotenziale weitreichend überarbeitet.

4.2.2 Deckung der Risikoaktiva durch haftende Eigenmittel

Ein angemessenes haftendes Eigenkapital ist neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftsopo-

litik. Die Bank verfügte im Geschäftsjahr 2014 stets über die zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erforderliche Eigenmittelausstattung.

Die haftenden Eigenmittel belaufen sich zum 31.12. des Berichtsjahres auf Mio. EUR 248.

Die neuen regulatorischen Anforderungen für Banken beinhalten auch neue Anforderungen an deren Eigenkapitalausstattung. Diese Neuregelungen, die ab dem 01.01.2014 in Kraft getreten sind, verursachen bei der BAG ein Abschmelzen der Anerkennung der stillen Einlagen des BVR als Bestandteil der anrechenbaren Eigenmittel, sodass mittelfristig die anrechenbaren Eigenmittel sinken. Diesem Tatbestand wurde im Geschäftsjahr 2013 durch Genehmigung einer bedingten Kapitalerhöhung durch die Anteilseigner in der Hauptversammlung begegnet, sodass jederzeit bei einer sich abzeichnenden, unzureichenden Eigenkapitalausstattung gegengesteuert werden kann. Ferner wurde zur frühzeitigen Einleitung von Maßnahmen in der BAG für das regulatorische Kapital ein Kapitalplanungsprozess installiert, der auch im Rahmen von inversen Betrachtungen möglichen Eigenkapitalbedarf aufzeigt.

4.2.3 Risikotragfähigkeit

Unter Risikotragfähigkeit versteht die BAG die Fähigkeit - auch in der Gruppe - schlagend werdende Risiken aus eigenen Mitteln auffangen zu können; die Risikotragfähigkeit findet ihren quantitativen Ausdruck in der Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die wesentlichen Risiken unter Berücksichtigung von Konzentrationen durch die Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse ist der Anteil am vorhandenen Risikodeckungspotenzial, der tatsächlich zur Deckung von Risiken herangezogen wird. Die Festlegung der Risikodeckungsmasse erfolgt durch den Vorstand der BAG und wird auf der Grundlage des ermittelten Risikodeckungspotenzials und unter Berücksichtigung der Risikoneigung des Vorstands vorgenommen.

Die Gegenüberstellung von Risikodeckungsmasse und ermitteltem Risikopotenzial erfolgt separat für die BAG (Einzelinstitutsebene) sowie für die BAG-Gruppe (Gruppenebene).

Gegenstand der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gruppenebene sind neben der BAG (Einzelinstitut) alle direkten und indirekten Beteiligungen der BAG, die dem Steuerungskreis für das Risikomanagement auf Gruppenebene angehören. Hierzu gehören alle

Gesellschaften, auf die die BAG unmittelbar oder mittelbar gestalterische Einflussmöglichkeiten ausüben kann und die eine Bilanzsumme von über TEUR 150 aufweisen.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept hat die BAG einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess implementiert.

4.2.4 Risikoarten und ihre Steuerung

Die BAG verschafft sich regelmäßig und anlassbezogen einen Überblick über die für sie relevanten Risiken („Gesamtrisikoprofil“). Im Rahmen einer gruppenweiten Risikoinventur wird diesbezüglich geprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertrags- oder die Liquiditätslage der Bank oder der Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Im Ergebnis wurden folgende Risikoarten im Geschäftsjahr 2014 zunächst als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk identifiziert:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditnehmerrisiko (einschl. Migrationsrisiko)
- Marktpreisrisiken
 - Zinsänderungsrisiko
 - Immobilienwertschwankungsrisiko
- Liquiditätsrisiken
 - Fristentransformationsrisiko

- Operationelle Risiken
- Beteiligungsrisiko (nur für die Gruppe)
- Vertriebsrisiko (nur im Going-Concern-Ansatz)

Darüber hinaus wird monatlich über die Ausprägung des Währungsänderungsrisikos in der Bank berichtet.

Im Rahmen der Risikoinventur 2014 wurde das Beteiligungsrisiko auf Bankebene nicht mehr als wesentliche Risikoart identifiziert, auf Gruppenebene wurde die Wesentlichkeit des Beteiligungsrisikos durch die Risikoinventur hingegen bestätigt.

Vor dem Hintergrund der in 2014 durchgeführten Konzeptionierung des Going-Concern-Ansatzes und den in diesem Rahmen identifizierten Verbesserungspotenzialen bei der Risikermittlung wurde das Vertriebsrisiko nur noch im Going-Concern-Ansatz als wesentliche Risikoart definiert.

Auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Risikotragfähigkeitsberechnung steht für das Limitsystem zur Risikosteuerung lediglich eine begrenzte Risikodeckungsmasse zur Verfügung.

Die festgelegte Risikodeckungsmasse stellt die Obergrenze für die Limitierung der Risiken auf Ebene der BAG bzw. auf Gruppenebene dar. Die Risikodeckungsmasse wird auf die einzel-

nen, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigten Risikoarten herunter gebrochen. Neben den Limiten hat die BAG Warngrenzen in Form einer Ampelsystematik festgelegt.

Die regelmäßige Überwachung der Risiken (Einhaltung und Auslastung der Limitgrenzen) erfolgt anhand der im Standardszenario ermittelten Risikopotenziale.

Entsprechend dem Geschäftszweck sind die Adressenausfall- und Immobilienwertschwankungsrisiken von zentraler Bedeutung für die Bank.

Das Zinsänderungsrisiko und das Beteiligungsrisiko haben eine höhere, das Fremdwährungsrisiko hat lediglich eine geringe Relevanz. Ein Kursrisiko besteht aufgrund einer diesbezüglichen Absicherung durch die Sicherungseinrichtung des BVR derzeit nicht.

Das Vertriebsrisiko wurde im ergänzenden Going-Concern-Ansatz mit einem eigenen Risikolimit in die Risikotragfähigkeitsberechnungen einbezogen. Die Messung des Vertriebsrisikos erfolgt quartalsweise mittels einer Analyse von Planabweichungen im Rahmen der Neugeschäftsakquise.

Das Liquiditätsrisiko wird als wesentliches Risiko definiert und durch ein ei-

genes Risikolimit angemessen in den Risikosteuerungs- und -controlling Prozess eingebunden. Die Berechnung erfolgt anhand einer Liquiditätsablaufbilanz.

Im Hinblick auf die operationellen Risiken ergeben sich besondere Anforderungen aus der Abwicklungs- und Verwertungstätigkeit der Bank, weshalb auch dieser Risikoart eine besondere Relevanz beigemessen wird.

4.2.4.1 Adressenausfallrisiko

Dem Geschäftszweck folgend sind die auf die BAG übertragenen Forderungen i.W. Problemkredite im Sinne der MaRisk. Darüber hinaus umfasst das Kreditportfolio der BAG neben Krediten an Töchter- und Enkelgesellschaften auch Kreditengagements, die aufgrund einer Wiedergesundung keine Leistungsstörungen mehr aufweisen. Ziel der Steuerung des Adressenausfallrisikos ist daher primär die Vermeidung zusätzlicher Risiken durch eine stringente Bearbeitung der Kreditengagements verbunden mit der Einhaltung der Kalkulationsparameter, der Nutzung zusätzlicher Erlöspotenziale sowie der Ergreifung von Chancen aus sanierungsbegleitenden Maßnahmen.

Die Wirtschaftlichkeit der Kreditabwicklung und die Entwicklung der Risikosituation auf Portfolioebene werden durch die in der Bank installierten

Instrumente laufend gemessen und überwacht. Dabei werden die Planzahlen mit den tatsächlich erzielten Ergebnissen abgeglichen und die erforderliche Risikodeckung laufend überwacht.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die BAG das Verfahren zur Ermittlung der Adressenausfallrisiken grundlegend überarbeitet und ein Kreditportfoliomodell implementiert. Die erste Risikoermittlung mittels des Kreditportfoliomodells erfolgte zum 30.09.2014.

Die Bank hat im Bereich der Adressenausfallrisiken eine Intra-Risikokonzentration in Form von Klumpenrisiken an einzelne Kreditnehmer sowie eine Inter-Risikokonzentration im Zusammenhang mit den Immobilienwertschwankungs- und Beteiligungsrisiken identifiziert. Die Konzentrationen werden quantitativ als auch qualitativ in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Entsprechend den Empfehlungen der genossenschaftlichen FinanzGruppe und der Anforderungen des speziellen Geschäftes der Bank hat die BAG ein Modell zur Steuerung der Kreditportfolien entwickelt, welches mit der Systematik von VR Control kompatibel ist. Hiermit ist die Bank in der Lage, einen barwertigen Erwartungswert für die Sanierungs- bzw. Abwicklungsenga-

gements zu ermitteln, der Grundlage der Steuerung der Kreditportfolien ist.

Die Unterlegung der Adressenausfallrisiken mit haftendem Eigenkapital gemäß den Vorgaben der Solvabilitätsverordnung erfolgt mittels des Kreditrisiko-Standardansatzes.

Grundlage der regelmäßigen Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken sind die in die prozessorientierte EDV-Landschaft der Kreditbearbeitung eingebundenen Berichte „Meilensteinreporting“ und „Tranchenreporting“.

Auf Basis des „Meilensteinreporting“ werden in regelmäßigen Soll-/Ist-Vergleichen Analysen der jeweiligen Bearbeitungsverläufe erstellt und ausgewertet.

Der wertmäßige Erfolg der Kreditbearbeitung wird im Rahmen des „Tranchenreportings“ durch eine monatliche Ergebnisanalyse überwacht. Ausgehend von der barwertigen Vorkalkulation werden die in der bisherigen Bearbeitung erzielten Ergebnisse ausgewiesen und die bis zum Bearbeitungsende noch zu erwartenden Aufwendungen und Erträge prognostiziert. Diese Betrachtung erfolgt monatlich auf Ebene von einzelnen Tranchen, auf Teilportfolioebene sowie für das Gesamtportfolio.

Die im Geschäftsjahr 2014 auf vorgenannter Basis erstellten Tranchenreportings wurden dem Vorstand monatlich und dem Aufsichtsrat vierteljährlich zur Kenntnis gegeben.

Der voranschreitende Bestandsabbau der Kundenforderungen entlastet das Adressenausfallrisiko und damit die Risikotragfähigkeit, was sich chancenseitig auf die Möglichkeit zur Übernahme neuer Geschäfte auswirkt.

Sofern sich die konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland in 2015 nicht fortsetzen und wieder auf dem Niveau der Jahre 2012 und 2013 einpendeln wird, besteht die Gefahr, dass mögliche unerwartete Adressenausfallrisiken aufgrund zunehmender Schieflagen kleiner und mittlerer Unternehmen bzw. eines Verfalls von Sicherheiten insbesondere durch den Rückgang der Immobilienpreise schlagend werden, wobei selbst bei einem schweren konjunkturellen Abschwung die Einhaltung des definierten Risikolimits gewährleistet wäre.

Dagegen eröffnet ein weiterer Anstieg der Immobilienpreise (auch in Randlagen) aufgrund verstärkter Umschichtung von Geldvermögen in Sachwerte die Chance, die Adressenausfallrisiken nicht zuletzt durch einen beschleunig-

ten Kreditportfolioabbau weiter zu reduzieren.

4.2.4.2 Marktpreisrisiken

4.2.4.2.1 Zinsänderungsrisiko

Unverändert ist das Zinsänderungsrisiko für die Bank ein bedeutendes Marktpreisrisiko.

Bei dem besonderen Portfolio der Bank kann nur für einen Teil der Kundenforderungen von bekannten und verlässlichen Zahlungsterminen für Zins- und Tilgungsleistungen ausgegangen werden. Daher beschränken sich die Möglichkeiten der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Wesentlichen auf den Bereich der Geldaufnahme und der Derivategeschäfte.

Die bestehenden Zinssicherungsgeschäfte dienen dazu, das Zinsergebnis gegen steigende Geld- und Kapitalmarktzinsen abzusichern und somit die Chance zu nutzen, das aktuell niedrige Zinsniveau auch zukünftig zu sichern. Die im Laufe des Geschäftsjahres 2014 nochmals gesunkenen Geld- und Kapitalmarktzinsen konnten hingegen nur begrenzt zur Verminderung des Zinsaufwandes genutzt werden. Art und Umfang der eingesetzten Finanzinstrumente sind im Anhang erläutert.

Die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt so-

wohl GuV-orientiert als auch barwertig. In der GuV-orientierten Betrachtung werden verschiedene Zinsniveau- und Zinsstrukturverschiebungen simuliert. Als Risikohorizont werden der nächste Bilanzstichtag und auch darüber hinausgehende Perioden betrachtet. In der barwertigen Beurteilung des Zinsänderungsrisikos wird der Zinsrisikoeffizient gemäß den Vorgaben der Bankenaufsicht zur Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung berechnet.

Beide Verfahren werden monatlich in ihren Auswirkungen analysiert, deren Ergebnisse sowie Vorschläge zur Steuerung werden dem Vorstand zugeleitet.

Im Geschäftsjahr 2014 bewegte sich das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der gesetzten Risikolimiten in Anlehnung an die implementierte Ampelsystematik auf Bank- und Gruppenebene ausschließlich im grünen Bereich.

4.2.4.2.2 Immobilienwertschwankungsrisiko

Das Immobilienwertschwankungsrisiko trifft sowohl für die Bewertung der Immobilien im Eigenbestand und im Bestand der steuerungsrelevanten Gruppe als auch für die Behandlung der als Kreditsicherheit dienenden

Immobilien zu, wobei die Steuerung und Überwachung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilien über das Adressenausfallrisiko erfolgt.

Die BAG Bankaktiengesellschaft verfügt über einen im Wesentlichen aus Verwertungsmaßnahmen übernommenen, umfangreichen Immobilienbesitz. Die dort erkennbaren Risiken sind im Jahresabschluss ausreichend berücksichtigt worden.

Die Verwaltung des Immobilienbestandes erfolgt durch externe Gesellschaften, wobei die Koordination durch das Risikomanagement Immobilien sichergestellt wird.

Steuerung und Überwachung der Immobilienwertschwankungsrisiken erfolgen zum einen objektbezogen und zum anderen auf Portfolioebene. Die aktuelle Marktlage für Immobilien eröffnet der BAG im Rahmen ihrer Immobilienabbaustrategie und dem damit verbundenen Immobilienwertschwankungsrisiko weitreichende Chancen. Sofern der anhaltende Immobilienboom und die einhergehenden Preissteigerungen, insbesondere in den Ballungszentren, auch auf die bisher eher weniger attraktiven Lagen ausstrahlen, besteht das Potenzial, die Immobilienvermarktungserfolge der Bank- sowie der Konzernimmobilien zu steigern. Ein weiter anhaltender

oder sich noch verstärkender Immobilienboom wird sich zudem ebenfalls merklich auf die Vermietungsquoten und somit auch auf eine Steigerung des Ergebnisbeitrags aus dem Immobilienportfolio auswirken.

Gleichermaßen wie das Immobilienwertschwankungsrisiko wird auch das Beteiligungsrisiko aus den Gesellschaften mit Immobilienbesitz durch diese Entwicklung positiv beeinflusst.

Im Geschäftsjahr 2014 bewegte sich das Immobilienwertschwankungsrisiko im Rahmen der gesetzten Risikolimiten in Anlehnung an die implementierte Ampelsystematik auf Bank- und Gruppenebene überwiegend im grünen Bereich.

Zur Weiterentwicklung der Immobilienrisikomessung wurde im Geschäftsjahr mit der Konzeptionierung eines Immobilienportfoliomodells begonnen, welches zum 30.06.2015 in die Risikosteuerungs- und -controlling Prozesse der BAG implementiert werden soll.

4.2.4.2.3 Fremdwährungsrisiko

Wie in den vorangegangenen Jahren unterhält die BAG ausschließlich in Schweizer Franken notierte Fremdwährungsbestände.

Aufgrund der Intervention der Schweizerischen Nationalbank zeigte sich der Währungskurs zwischen Euro und Schweizer Franken im Geschäftsjahr 2014 sehr stabil. Während des gesamten Jahres lagen die Wechselkurse in der sehr engen Bandbreite zwischen 1,20 EUR/CHF und 1,24 EUR/CHF. Ausgelöst durch die insbesondere im zweiten Halbjahr 2014 eingetretene und anhaltende Euro-Schwäche hat die Schweizerische Nationalbank mit Wirkung vom 15.01.2015 ihre Interventionen zugunsten des Euros am Devisenmarkt zunächst eingestellt. Da ein Großteil der ursprünglich in Schweizer Franken gewährten Kredite im Geschäftsjahr 2014 in Euro konvertiert worden ist, sind die hieraus entstandenen Risiken überschaubar.

Die Währungsrisikoposition wird im Rahmen der Steuerung bewusst gering gehalten. Währungsbestandsveränderungen wurden mittels zeitlich und in der Höhe sehr eng abgestimmter Währungsrefinanzierungen oder Devisentermingeschäften abgesichert. Negative Auswirkungen auf das Währungsergebnis konnten damit vermieden werden. Das verbleibende Währungsrisiko, obgleich es nicht zu den wesentlichen Risiken im Sinne von AT 2.2 MaRisk gehört, wurde mit dem vorhandenen Instrumentarium adäquat gesteuert und reportet.

4.2.4.3 Vertriebsrisiko

Ein Vertriebsrisiko besteht für die BAG sowohl im Geschäftsfeld Ankauf als auch im Servicing im Falle von Planabweichungen im Rahmen der Neugeschäftsakquise. Können die geplanten Stückzahlen bzw. Volumina durch das Neugeschäft auf 12-Monatssicht nicht erreicht werden, stehen der BAG geringere Provisionserlöse zur Verfügung.

Aufgrund der Bedeutung des Vertriebsrisikos ist diese Risikoart für den ergänzenden Steuerungsansatz (Going-Concern-Ansatz) als wesentlich eingestuft und in das Limitsystem integriert. Neben der qualitativen Beurteilung werden auch für diese Risikoart regelmäßig quantitative Methoden zur Messung, Überwachung und Steuerung des Vertriebsrisikos angewendet. Diese sind sowohl mit Standard-Szenarien als auch mit Stress-Szenarien unterlegt; das Reporting erfolgt quartalsweise. Der ermittelte Risikobetrag wird sowohl auf Einzelinstitutsebene als auch auf Gruppenebene laufend kontrolliert und in der Gesamtbanksteuerung integriert betrachtet, da die BAG im Wesentlichen allein für die Geschäftsakquise zuständig ist.

Eine deutliche Belebung der Konjunktur in Deutschland birgt das Risiko, die geplanten Vertriebsziele aufgrund

weiter sinkender Problemkreditvolumen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe zu verfehlen. Damit verbunden würde auch das Vertriebsrisiko ansteigen.

Dagegen bieten eine anhaltende Niedrigzinsphase und der Wettbewerbsdruck die Chance, zusätzliche Vertriebsfolge aufgrund eines zunehmenden Kostenbewusstseins der Primärbanken verbunden mit der Prüfung von Alternativen zur eigenen Problemerkreditbearbeitung zu generieren.

Chancen für den Vertriebsfolge bestehen ferner im Rahmen der strategischen Markteinführung weiterer neuer Produkte sowie dem vorgenannten neuen Preismodell im Segment Servicing.

Nicht zuletzt würde sich ein gesteigertes Vertriebsfolge positiv auf das Vertriebsrisiko auswirken und dieses minimieren.

4.2.4.4 Beteiligungsrisiko

Die BAG betreibt eine selektive und risikobewusste Beteiligungspolitik. Alle Handlungen der Tochter- und Enkelgesellschaften sind darauf ausgerichtet, dem Unternehmenszweck der BAG zu dienen. Beim Erwerb neuer Beteiligungsgesellschaften bzw. der Übernahme derer Finanzierungen sind die für das Kreditgeschäft geltenden qua-

litativen und quantitativen Vorgaben anzuwenden, die Kaufpreise analog dem Ankauf von Krediten nach dem BAG-Preiskonzept zu ermitteln.

Wie in den anderen Geschäftsfeldern resultieren auch aus der Übernahme bzw. dem Halten von Beteiligungen Risiken, die sich grundsätzlich wie folgt negativ auswirken können:

- Übernahme von Verlusten aus Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen
- Kapitalrisiko (Wertverlust, Un- bzw. Unterverzinslichkeit)
- Restriktion bei der Kreditvergabe/ Geschäftsausweitung als Folge einer Eigenkapitalreduzierung.

Das Risiko des Verlustes bzw. der Unterverzinslichkeit des eingesetzten Beteiligungskapitals wird als unbedeutend eingestuft, da die beiden Holdinggesellschaften (CORONA und PROMOTA), welche als Obergesellschaften fungieren, bei der BAG Bankaktiengesellschaft lediglich noch mit einem Erinnerungswert (Buchwert Mio. EUR 0) geführt werden.

Ergebniswirkungen können insbesondere aus den Gesellschaften mit Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen resultieren und stellen für die BAG das wesentliche Beteiligungsrisiko dar. Sowohl das Beteiligungsergebnis als auch das Beteiligungsrisiko unterliegen der laufenden Kontrolle und werden in der Gesamt-

bankplanung und Steuerung integriert betrachtet.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung ist dem Beteiligungsrisiko auf Gruppenebene ein eigenes Risiko-limit zugeordnet. Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt mittels eines VaR-basierten Beteiligungsportfolio-modells.

Chancen ergeben sich insbesondere aus dem aktuell positiven, wirtschaftlichen Umfeld, welches einen beschleunigten Abbau der immobilienbesitzenden Gesellschaften aufgrund der guten Immobilienmarktsituation unterstützt. Diesbezüglich ergeben sich positive Auswirkungen auf das Beteiligungsrisiko. Aus einer Verminderung des Beteiligungsbestands würde sich zudem eine Entlastung der qualifizierten Beteiligungen gemäß Artikel 89 – 91 CRR ergeben.

4.2.4.5 Liquiditätsrisiko

Auf Basis der Gesamtbankplanung wird unter Berücksichtigung erwarteter Rückflüsse eine im Jahresverlauf kontinuierlich überprüfte Liquiditätsplanung erstellt und erforderlichenfalls angepasst.

Die Liquidität einer Bank gilt nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als ausreichend, wenn die innerhalb von 30 Tagen zur Verfügung stehenden

Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums abrufbaren Zahlungsverpflichtungen abdecken. Der Quotient aus anrechenbaren Aktiv- und Passivkomponenten wird als Liquiditätskennzahl bezeichnet und muss mindestens den Wert 1,00 aufweisen. Die Kennzahl gem. Liquiditätsverordnung beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 46,65 (2013: 39,48). Die Bank verfügte auch im Geschäftsjahr 2014 jederzeit über ausreichende Liquidität und kann zur Deckung zusätzlichen Liquiditätsbedarfes auf ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten in der genossenschaftlichen FinanzGruppe zurückgreifen.

Strategisch ist es nicht vorgesehen, aus der Liquiditätsposition bewusste Chancen zu generieren. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit ist in der BAG das vorrangige Ziel. Darüber hinaus verfügt die BAG über ausreichend offene Kreditzusagen, um in der Lage zu sein, zügig ein entsprechend großes Bearbeitungsvolumen von Sanierungsbanken übernehmen zu können.

Die Vorgaben zur Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR), welche sich aus der Inkraftsetzung der CRR bzw. der CRD IV ergeben, stellen neue Anforderungen an die BAG. Durch die Einführung der LCR wird in der BAG der Aufbau eines Bestandes an lasten-

freien, erstklassigen liquiden Aktiva erforderlich. Diesbezüglich wurde im Verlauf des Geschäftsjahres 2014 ein Neu-Produkt-Prozess zu Eigengeschäften im Sinne des Aufbaus eines Depot A durchgeführt sowie mit der notwendigen Testphase begonnen. Im Rahmen der Testphase wurden liquide Aktiva in Höhe von nominal Mio. Euro 10 angeschafft.

4.2.4.6 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken im Sinne des Baseler Ausschusses beinhalten die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund externer Ereignisse eintreten.

Mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht basiert die Unterlegung der operationellen Risiken mit haftendem Eigenkapital auf den Vorgaben der Solvabilitätsverordnung für den Alternativen Standardansatz.

Identifizierung und Beurteilung der operationellen Risiken erfolgen im Rahmen einer jährlich durchzuführenden Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, in den relevanten Geschäftsfeldern der Bank Risikofaktoren zu identifizieren, die vor dem Hintergrund der Geschäftsaktivitäten und der Aufbau- und Ablauforganisation

einen finanziellen Schaden auslösen können. Die Risikobeurteilung erfolgt dabei in Form einer qualitativen Selbsteinschätzung (Self-Assessment).

Alle eingetretenen Schadensfälle mit einer Schadenhöhe von mehr als EUR 3.000 werden durch den Bereich Risikocontrolling kategorisiert und in eine Schadensfalldatenbank aufgenommen. Der Bereich Risikocontrolling erstellt hieraus vierteljährlich Auswertungen zur Darstellung der Entwicklung der operationellen Schäden. Die Auswertungen werden an den Vorstand, die risikoverantwortlichen Mitarbeiter und die Interne Revision verteilt. Die Berichterstattung umfasst die Art der eingetretenen Schäden, deren Ursachen, das Ausmaß der Schäden und Risiken sowie die Überwachung von eingeleiteten Gegenmaßnahmen.

Die im Geschäftsjahr 2014 eingetretenen Schäden lagen in der Bank als auch in der Gruppe deutlich unter dem Vorjahresvergleich (31.12.2014 Mio. EUR 0,7 bestehend aus 23 Einzelpositionen; 31.12.2013: Mio. EUR 1,3 bestehend aus 21 Einzelpositionen).

Chancen zur weiteren Reduzierung ergebnisbelastender Schadensfälle ergeben sich durch die konsequente Umsetzung der internen Richtlinien und Weisungen, die strenge Einhaltung von

Vertragswerken sowie die stetige Sensibilisierung der Mitarbeiter.

4.2.4.7 Stress-Tests

Die Analysen der für die BAG relevanten Risiken werden um Stress-Tests ergänzt, mit denen die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen bzw. Bonitätsveränderungen untersucht werden. Stress-Tests helfen, außergewöhnliche aber plausible Marktentwicklungen und deren Risiko- und Ergebniswirkungen auf die Bank zu messen und zu beurteilen. Neben der Analyse einzelner, risikoartenspezifischer Stress-Szenarien werden sowohl inverse Stress-Tests als auch die Auswirkungen mehrerer, risikoartenübergreifender Stress-Situationen und Risikokonzentrationen betrachtet. Die Ergebnisse der Stress-Tests werden kritisch reflektiert und regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Aus der regelmäßigen kritischen Reflexion der Stress-Tests ist die BAG in der Lage, frühzeitig mögliche unerwünschte Entwicklungen abschätzen zu können und Chancen zur Risikoreduzierung und -vermeidung wahrzunehmen.

4.2.5 Interne Revision

Die Interne Revision überwacht im Rahmen des Internen Kontrollsystems alle Geschäftsabläufe und das Risikomanagement. Sie arbeitet weisungsfrei und unbeeinflusst als prozessunabhängige Instanz im Auftrag des Vorstandes mit dem Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Grundlagen hierfür sind die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Interne Revision führt Prüfungsmaßnahmen auf der Grundlage eines unter Risikogesichtspunkten aufgestellten Prüfungsplanes durch und überwacht die Beseitigung der festgestellten Beanstandungen. Darüber hinaus kommt sie ihren Berichtspflichten gegenüber den Organen der Bank im Rahmen bestehender fachlicher und gesetzlicher Regelungen nach.

4.2.6 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die in den einzelnen Abschnitten dargestellten Risiken werden nach unserer Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank nicht wesentlich beeinflussen. Von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise waren und sind wir nicht direkt betroffen. Zwar werden von einer Tochtergesellschaft der BAG-Gruppe, die wiederum durch die BAG finanziert wird, Wertpa-

piere der Lehman Brothers Holding Gruppe gehalten. Die bei der Übernahme aus den Depot-A Beständen der Primärbanken gewählte Konstruktion stellt jedoch sicher, dass die im Rahmen der Liquidation der Lehman Brothers Holding Gruppe erwarteten Rückflüsse mit keinen unververtretbaren Risiken verbunden sind, falls sich die ursprünglichen Cashflow-Erwartungen nicht vollständig realisieren lassen sollten.

Zur Analyse der Auswirkungen der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen gemäß CRR/CRD IV hat die BAG verschiedene Simulationsrechnungen durchgeführt. Im Ergebnis können auch die neuen aufsichtlichen Mindestanforderungen für den Planungshorizont bis Ende 2019 eingehalten werden.

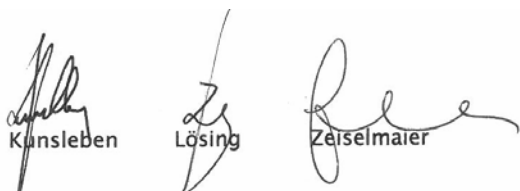
Eine wesentliche Voraussetzung für den bewussten Umgang mit Risiken sind entsprechend qualifizierte Mitarbeiter. Als Kompetenzzentrum für die Bearbeitung von Problemkrediten stehen der BAG und deren Tochtergesellschaften spezialisierte Mitarbeiter/-innen zur Verfügung, deren Kenntnisse und Fähigkeiten durch intensive Aus- und Fortbildung fortlaufend aktualisiert werden.

Die BAG Bankaktiengesellschaft ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht.

Hamm, den 31. März 2015

BAG Bankaktiengesellschaft

Der Vorstand



Kunsleben Lösing Zeiselmaier



**Jahresabschluss der
BAG Bankaktiengesellschaft 2014**

			Geschäftsjahr		Vorjahr TEUR
	Euro	Euro	Euro	Euro	
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			4.444,48		9
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	4.444,48	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			62.115.142,41		4.767
b) andere Forderungen			5.711,11	62.120.853,52	16
4. Forderungen an Kunden				826.885.347,83	1.029.901
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	0,00				(0)
Kommunalkredite	0,00				(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		10.438.222,22			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.438.222,22				0
bb) von anderen Emittenten		1,00	10.438.223,22		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	10.438.223,22	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				4.281.500,00	4.282
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				223.827,98	168
darunter:					
an Kreditinstituten	223.827,98				(168)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				2,02	0
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				1.410.928,27	1.444
darunter: Treuhandkredite	1.410.928,27				(1.444)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			763.416,82		144
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	763.416,82	0
12. Sachanlagen				102.490.353,32	116.785
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				27.351.965,00	27.789
15. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
16. Aktive latente Steuern				0,00	0
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung				0,00	0
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				0,00	0
Summe der Aktiva				1.035.970.862,46	1.185.305

			Geschäftsjahr		Vorjahr TEUR
	Euro	Euro	Euro	Euro	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			18.669,01		9.732
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>537.424.073,58</u>	537.442.742,59	654.052
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		0,00			0
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>0,00</u>	0,00		0
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		45.055.736,92			52.465
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>137.530.761,07</u>	<u>182.586.497,99</u>	182.586.497,99	160.949
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00</u>				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				1.410.928,27	1.444
darunter: Treuhandkredite	1.410.928,27				(1.444)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				12.429.083,32	5.750
6. Rechnungsabgrenzungsposten				6.693.668,75	2.604
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			4.220.883,00		4.096
b) Steuerrückstellungen			127.000,00		2.726
c) andere Rückstellungen			<u>30.083.426,01</u>	34.431.309,01	30.413
8. (gestrichen)					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genusrechtskapital				4.640.840,72	4.738
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	91.806,70				(128)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				0,00	0
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital		133.278.635,88			133.279
- Nennbetrag eigene Anteile		<u>-1.144,00</u>	133.277.491,88		-1
b) Kapitalrücklage			<u>123.058.299,93</u>		123.058
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		0,00			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		<u>0,00</u>			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen		<u>0,00</u>			0
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>0,00</u>	0,00		0
d) Bilanzgewinn			<u>0,00</u>	256.335.791,81	0
Summe der Passiva			<u>1.035.970.862,46</u>	<u>1.185.305</u>	
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		12.817.875,03			11.548
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	12.817.875,03		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>157.034,77</u>	157.034,77		8.447

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr gesamt TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		42.394.899,37			51.038
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>12.050,99</u>	42.406.950,36		0
2. Zinsaufwendungen			<u>12.848.918,27</u>	29.558.032,09	23.725
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00		0
b) Beteiligungen			<u>7.220,00</u>		6
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>0,00</u>	7.220,00	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				86.236,02	204
5. Provisionserträge			1.104.166,14		1.060
6. Provisionsaufwendungen			<u>12.835,32</u>	1.091.330,82	17
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge				40.457.408,78	53.016
9. (gestrichen)					
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		8.649.802,89			8.125
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	109.463,71	<u>1.469.882,96</u>	10.119.685,85		1.408 (156)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>18.453.654,07</u>	28.573.339,92	15.543
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				6.896.161,33	6.647
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen darunter: für Aufzinsung Altersversorgung	<u>370.604,00</u>			<u>17.322.722,92</u>	18.866 (273)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forde- rungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>11.470.867,20</u>		26.691
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>0,00</u>	-11.470.867,20	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>0,00</u>		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>236.595,68</u>	236.595,68	232
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				<u>5.641.382,64</u>	1.491
18. (gestrichen)					
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				1.532.349,38	3.043
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>0,00</u>		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1.228.493,16		2.194
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>303.856,22</u>	1.532.349,38	849
25. Erträge aus Verlustübernahme				0,00	0
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrags abgeführte Gewinne				0,00	0
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag				<u>0,00</u>	0
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr				<u>0,00</u>	0
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				<u>0,00</u>	0
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			<u>0,00</u>		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			<u>0,00</u>		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			<u>0,00</u>		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	0,00	0
31. Entnahmen aus Genusssrechtskapital				<u>0,00</u>	0
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			<u>0,00</u>		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			<u>0,00</u>		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			<u>0,00</u>		0
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	0,00	0
33. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals				<u>0,00</u>	0
34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust				<u>0,00</u>	0

Anhang der BAG Bankaktiengesellschaft 2014

Allgemeine Angaben

Die BAG Bankaktiengesellschaft (BAG) hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

Der Jahresabschluss ist nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften, die Bilanz gemäß Formblatt 1 der RechKredV sowie die Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren in Staffelform (Formblatt 3 der RechKredV) aufgestellt.

A. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Barreserven, Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, bilanzierten wir entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften des § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wurden gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Forderungen an Kunden sowie in anderen Aktivposten enthaltene Forderungen wurden bis zum 31. Dezember 2012 grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt. Die ab dem 1. Januar 2013 erworbenen Forderungen werden unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 340e Abs. 2 HGB mit ihrem Nennbetrag (entspricht dem erwarteten Cashflow ohne Berücksichtigung von Abzinsung) angesetzt. Der Unterschiedsbetrag (Abzinsungsbetrag inklusive Bearbeitungskosten) zwischen zum Nennbetrag angesetzten Forderungen und dem geringeren Auszahlungsbetrag wurde in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen. Dieser Unterschiedsbetrag wird zeitanteilig aufgelöst.

Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Vermögensgegenstände und Schulden, die im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, werden unter den Posten Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten zu Anschaffungskosten bzw. zu Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um die lineare Abschreibung, bewertet.

Die Grundstücke und Gebäude wurden zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Die eigengenutzte gewerbliche Immobilie des Sachanlagevermögens wurde, analog dem Vorjahr, planmäßig mit 3 % abgeschrieben. Sofern die Gründe für einen niedrigeren

Wertansatz nicht mehr bestanden, wurden entsprechend § 253 Abs. 5 HGB Zuschreibungen vorgenommen. Bei den im Vorjahr aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien des Sachanlagevermögens wurde die planmäßige Abschreibung entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Auf die am Bilanzstichtag aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmeten Immobilien wurden im Berichtsjahr keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

Unter dem Bilanzposten sonstige Vermögensgegenstände werden zum einen die Grundstücke und Gebäude ausgewiesen, die sich nicht länger als fünf Jahre im Bestand der BAG befinden und zum anderen die Immobilien, bei denen die BAG seit mehr als fünf Jahren Eigentümer ist und bereits konkrete Verkaufsverhandlungen stattfinden. Die Bilanzierung dieser Immobilien erfolgt zum beizulegenden Wert.

Das bewegliche Sachanlagevermögen sowie die Einbauten in fremden Gebäuden wurden mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt für die Betriebs- und Geschäftsausstattung 1 bis 20 Jahre; für Einbauten in fremden Gebäuden 10 Jahre. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 150 wurden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Im Berichtsjahr zugegangene Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 150 bis zu EUR 410 wurden voll abgeschrieben. In den Geschäftsjahren 2010 und 2011 erworbene Wirtschaftsgüter mit einem Wert zwischen EUR 150 und EUR 1000 wurden jeweils in einem Sammelposten erfasst und werden pauschal über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgte gemäß § 268 Abs. 2 HGB nach der Brutto-Methode (vergl. Anlagespiegel unter B.).

Alle den einzelnen Vermögensgegenständen anhaftenden Einzelrisiken und das allgemeine latente Kreditrisiko wurden durch eine angemessene Risikovorsorge in ausreichendem Umfang abgedeckt.

Für besondere Einzelrisiken liegen Deckungserklärungen der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, vor.

Latente Steuern werden seit dem Geschäftsjahr 2010 für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt. Dabei werden bei der BAG nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei Organisationsgesellschaften bestehen. Eine Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen erfolgt nicht, da innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der BAG von aktuell 32,1 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer. Die sich für die Bank ergebende Steuerentlastung resultiert im Wesentlichen aus den unterschiedlichen Wertansätzen der Pensionsrückstellungen sowie aus Bewertungsunterschieden in Beteiligungsansätzen innerhalb des Organkreises.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Auftretende Unterschiedsbeträge würden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt

werden. Der Unterschiedsbetrag würde planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeiten verteilt.

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Zinsen und Bearbeitungsgebühren ausgewiesen, die zukünftigen Rechnungsperioden zuzurechnen sind. Insbesondere erfolgt hier der Ausweis von Unterschiedsbeträgen (Abzinsungsbeträge inklusive Bearbeitungskosten) zwischen zum Nennwert angesetzten Forderungen und den geringeren Auszahlungsbeträgen.

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde analog dem Vorjahr die international anerkannte Projected Unit Credit Method als Bewertungsmethode herangezogen. Bei der Bewertung nach der Projected Unit Credit Method wurden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze ein Rechnungszins von 4,55 %, eine Dynamik der anrechenbaren Bezüge von 2,5 % und der laufenden Renten (+2,0 %) sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 7 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Pensionsrückstellungen wurden wie im Vorjahr auf der Grundlage der Richttafeln von Prof. Dr. Heubeck von 2005 ermittelt.

Die übrigen Rückstellungen wurden nach § 253 HGB bewertet, wonach sie gem. § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages insbesondere unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und Gehaltstrends anzusetzen und grundsätzlich nach § 253 Abs. 2 HGB mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuzinsen sind. Bei der im Berichtsjahr gebildeten Rückstellung für Jubiläumszuwendungen wurde als Rechnungszins der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 7 Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Der Rückstellungstest zur Berechnung der Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) erfolgte nach der barwertigen Methode. Danach ist im Jahresabschluss 2014 keine Drohverlustrückstellung für Zinsrisiken im Bankbuch zu bilden, da der Barwert des Zinsbuchs unter Berücksichtigung der noch anfallenden Standardrisiko- und Verwaltungskosten über dem Buchwert des Zinsbuchs liegt.

Das Genussrechtskapital wird zum Nennwert bilanziert.

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen mit den Valuten am Bilanzstichtag ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Vermögenswerte und Schulden wurden entsprechend der Vorschriften des § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB umgerechnet.

Für sämtliche Währungspositionen ist das Kriterium der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB definiert worden.

Dem Zins-Swap liegt eine kongruente Refinanzierung in Höhe von TEUR 200.000 zu Grunde (Mikro-Hedge). Das Swapgeschäft dient in voller Höhe der Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Das Sicherungsinstrument wird mit dem ihm zugeordneten Grundgeschäft als Bewertungseinheit behandelt. Die Ermittlung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit erfolgt mittels der Methode des Critical Term Match. Auf-

grund der Übereinstimmung aller risikobestimmenden Ausstattungsmerkmale von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument haben sich Wertänderungen oder Zahlungsströme in Bezug auf das abgesicherte Risiko am Bilanzstichtag vollständig ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch künftig für die festgelegte Dauer der Sicherungsbeziehung ausgleichen.

B. Entwicklung des Anlagevermögens

Die Entwicklung der wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2014 stellt sich folgendermaßen dar:
(Gliederung nach § 268 Abs. 2 HGB; § 34 Abs. 3 RechKredV)

Posten	Anschaffungs- / Herstellungs-kosten	Zugänge Zuschrei- bungen	a		b		Abschrei- bungen kumuliert	Buchwert Bilanz- stichtag	Buchwert Vorjahr	Abschrei- bungen Geschäfts- jahr
			Umwid- mung aus dem Um- laufver- mögen	Umbu- chungen	Abgänge					
	TEUR	TEUR					TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte										
1. Software	2.147	726	a	0	0	a	2.041	764	144	106
			b		68	b				
Summe Immaterielle Anlagewerte	2.147	726	a	0	0	a	2.041	764	144	106
		0	b		68	b				
Sachanlagen										
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	179.077	2.897	a	576	950	a	57.930	101.547	114.801	6.505
		2.010	b		26.033	b				
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.149	60	a	0	-950	a	0	180	1.149	0
		0	b		79	b				
3. technische Anlagen und Maschinen	0	0	a	0	0	a	0	0	0	0
		0	b		0	b				
4. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.617	274	a	0	0	a	2.511	702	765	267
		0	b		678	b				
5. Einbauten in fremden Gebäuden	300	6	a	0	0	a	246	60	69	16
		0	b		0	b				
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	19	1	a	0	0	a	19	1	2	2
		0	b		0	b				
Summe der Sachanlagen	184.162	3.238	a	576	0	a	60.706	102.490	116.786	6.790
		2.010	b		26.790	b				
Finanzanlagen										
1. Beteiligungen	168	56	a	0	0	a	0	224	168	0
		0	b		0	b				
2. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.910	0	a	0	0	a	12.910	0	0	0
		0	b		0	b				
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	4.282	0	a	0	0	a	0	4.282	4.282	0
		0	b		0	b				
Summe der Finanzanlagen	17.360	56	a	0	0	a	12.910	4.506	4.450	0
		0	b		0	b				
Gesamtsumme	203.669	4.020	a	576	0	a	75.657	107.760	121.380	6.896
		2.010	b		26.858	b				

C. Erläuterungen zur Bilanz

1. Forderungen an Kreditinstitute

In obiger Bilanzposition sind nachstehende Forderungen an Kreditinstitute enthalten, die als Zentralbanken fungieren:

WGZ BANK AG, Düsseldorf	59.587	TEUR
DZ BANK AG, Frankfurt am Main	1.094	TEUR

Die an der WGZ BANK AG, Düsseldorf, bestehende Forderung betrifft in Höhe von TEUR 1.996 die zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtung gehaltenen Mittel. Zum Bilanzstichtag werden keine Guthaben bei der Deutschen Bundesbank mehr unterhalten, da im Geschäftsjahr 2013 das Wahlrecht zur indirekten Haltung der Mindestreserve bei der WGZ BANK AG, Düsseldorf, in Anspruch genommen wurde.

Bei dem unter anderen Forderungen ausgewiesenen Betrag sind Abgrenzungen von Zinsansprüchen aus Swap-Geschäften in Höhe von TEUR 6 (Vorjahr: TEUR 16) bilanziert, die innerhalb des Zeitraums von bis zu drei Monaten fällig sind. Dieser Betrag ist in den Forderungen an die DZ BANK AG, Frankfurt am Main, (TEUR 1.094) enthalten.

Mit der WGZ BANK AG, Düsseldorf und der DZ BANK AG, Frankfurt am Main, bestehen Beteiligungsverhältnisse.

2. Forderungen an Kunden

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gelten die folgenden Restlaufzeiten:

bis drei Monate	8.186	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	401.191	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	226.137	TEUR
mehr als fünf Jahre	191.150	TEUR
Zinsabgrenzung	222	TEUR
Summe	826.885	TEUR

In den Forderungen an Kunden sind Rangrücktritte in Höhe von TEUR 27.094 (Vorjahr: TEUR 17.549) enthalten.

Ausgehend vom Geschäftszweck der Bank sind hier ebenfalls Forderungen aus dem Miet- und Immobilienbereich erfasst.

Die ausschließlich unverbrieften Forderungen enthalten solche an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 165.654 (Vorjahr: TEUR 252.366) und an Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 63.748 (Vorjahr: TEUR 65.281).

3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen

	börsen- fähig	börsen- notiert	nicht bör- sennotiert	nicht nach dem Niederstwertprin- zip bewertete bör- senfähige Wertpa- piere
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.379	10.379	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.282	0	4.282	0
Beteiligungen	159	0	159	0

4. Anteile an verbundenen Unternehmen

Die nach § 285 Nr. 11 HGB i. V. m. § 34 Abs. 1 RechKredV erforderlichen Angaben über Anteile an anderen Unternehmen werden in einer Aufstellung des Anteilsbesitzes unter dem Gliederungspunkt E. 5. dargestellt.

5. Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Treuhandkrediten.

6. Immaterielle Anlagewerte

Unter den immateriellen Anlagewerten wird ausschließlich entgeltlich erworbene Software ausgewiesen.

7. Sachanlagen

Die Sachanlagen beinhalten in Höhe von TEUR 94.428 (Vorjahr: TEUR 108.642) die aus dem Umlaufvermögen umgewidmeten Immobilien. Davon betragen die Buchwerte der zum Bilanzstichtag umgewidmeten Objekte TEUR 507 (Vorjahr: TEUR 2.690). Des Weiteren werden unter diesem Bilanzposten die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Bauten mit TEUR 7.300 (Vorjahr: TEUR 7.308) sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung nebst Einbauten in fremden Gebäuden und den geringwertigen Wirtschaftsgütern in Höhe von insgesamt TEUR 762 (Vorjahr: TEUR 834) ausgewiesen.

8. Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind im Wesentlichen Immobilien des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 21.158 (Vorjahr: TEUR 23.735) und die Instandhaltungsrücklagen für Immobilien mit TEUR 2.175 (Vorjahr: TEUR 2.399) enthalten. Die Kaufpreisforderungen aus der Veräußerung von Objekten betragen TEUR 412 (Vorjahr: TEUR 770).

9. Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungen in Höhe von TEUR 55.799 (Vorjahr: TEUR 117.615) enthalten.

10. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In obiger Bilanzposition sind nachstehende Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten, die als Zentralbanken fungieren.

WGZ BANK AG, Düsseldorf	105.154	TEUR
DZ BANK AG, Frankfurt am Main	419.432	TEUR

Für die im Passivposten Nr. 1 Buchstabe b ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist gelten die folgenden Restlaufzeiten:

bis drei Monate	23.202	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	441.639	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	62.093	TEUR
mehr als fünf Jahre	10.201	TEUR
Zinsabgrenzung	289	TEUR
Summe	537.424	TEUR

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von insgesamt TEUR 14.997 (Vorjahr: TEUR 17.197) zweckgebunden und durch hereingenommene Sicherheiten besichert. Hierfür wurden Vermögenswerte in gleicher Höhe zur Sicherheit übertragen.

Mit der WGZ BANK AG, Düsseldorf, und der DZ BANK AG, Frankfurt am Main, bestehen Beteiligungsverhältnisse.

11. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Für die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gelten die folgenden Restlaufzeiten für Passivposten Nr. 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist:

bis drei Monate	54.870	TEUR
mehr als drei Monate bis ein Jahr	81.996	TEUR
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	527	TEUR
mehr als fünf Jahre	0	TEUR
Zinsabgrenzung	138	TEUR
Summe	137.531	TEUR

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die ausschließlich unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten solche gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 147.552 (Vorjahr: TEUR 152.960) und gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 2.696 (Vorjahr: TEUR 1.907).

12. Treuhandverbindlichkeiten

Sämtliche Treuhandverbindlichkeiten stellen Treuhandkredite dar.

13. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind innerhalb des nächsten halben Jahres fällig und enthalten mit TEUR 10.570 (Vorjahr: TEUR 3.657) Verbindlichkeiten aus dem Erwerb und Verkauf von Immobilien, mit TEUR 777 (Vorjahr: TEUR 523) unbezahlte Rechnungen, mit TEUR 294 (Vorjahr: TEUR 300) noch nicht fällige Zinszahlungen aus aufgenommenem Genussrechtskapital sowie mit TEUR 351 (Vorjahr: TEUR 260) ausstehende Umsatzsteuervorauszahlungen.

14. Passive Rechnungsabgrenzung

In dieser Bilanzposition wird mit einem Betrag von TEUR 6.694 (Vorjahr: TEUR 2.602) der Unterschiedsbetrag (Abzinsungsbetrag inklusive Bearbeitungskosten) aus den im Vorjahr und im Berichtsjahr erworbenen Kundenforderungen ausgewiesen. Außerdem sind in dem Posten Disagiobeträge und Bearbeitungsgebühren, die bei der Ausreichung von Krediten in Abzug gebracht wurden, in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 2) enthalten.

15. Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten Anwartschaften und laufende Rentenzahlungen.

Die Steuerrückstellungen betreffen die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für das Geschäftsjahr 2014.

In der Bilanzposition „andere Rückstellungen“ sind neben einer Rückstellung für Freistellungserklärungen gegenüber Gesellschaften der BAG-Gruppe (TEUR 13.362), sonstigen Rückstellungen für das Kreditgeschäft (TEUR 5.298), einer Rückstellung aus einer an ein verbundenes Unternehmen begebenen Wertgarantie (TEUR 5.000) auch Rückstellungen für Bürgschaften und Garantien (TEUR 2.435) und Prozesskosten (TEUR 1.303) sowie Jahresabschlusskosten (TEUR 808) enthalten.

16. Genussrechtskapital

Von dem Genussrechtskapital werden zum Bilanzstichtag TEUR 3.790 (Vorjahr: TEUR 4.610) als Eigenmittel angesetzt. Für das Genussrechtskapital sind im Berichtsjahr Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 294 (Vorjahr: TEUR 300) angefallen.

Für das Genussrechtskapital gelten die folgenden Bedingungen:

Fälligkeit	Zinssatz	Betrag
Vor Ablauf von zwei Jahren fällig	5,60% bis 7,25%	92 TEUR
31.12.2016	6,00% bis 7,25%	52 TEUR
Frühestens zum 31.12.2017	5,50% bis 7,25%	4.497 TEUR
Summe		4.641 TEUR

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen.
Die Nachrangigkeit der Genussrechte ist wie folgt geregelt:

Die Genussrechte können im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der BAG oder der Liquidation der BAG erst nach der Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden.

Die mit den Gläubigern der Genussrechte getroffenen Nachrangabreden entsprechen § 10 Abs. 5 Nr. 1-3 und 5-6 KWG alte Fassung.

17. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Vom Ausweis der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen TEUR 910 (Vorjahr: TEUR 976) auf verbundene Unternehmen sowie TEUR 262 (Vorjahr: TEUR 262) auf Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Sämtliche Eventualverbindlichkeiten sind nicht durch die Übertragung von Vermögensgegenständen besichert.

Die anderen Verpflichtungen betreffen in voller Höhe die unwiderruflichen Kreditzusagen und bestehen mit TEUR 75 (Vorjahr: TEUR 0) gegenüber verbundenen Unternehmen sowie mit TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 4) gegenüber Unternehmen, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Das Risiko und die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für gemäß der §§ 26 und 27 RechKredV unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen schätzen wir unter Beachtung der Entwicklungen der Vorjahre und der in den Rückstellungen berücksichtigten Risikovorsorgen als nicht wesentlich ein.

18. Fremdwährungsposten

In den Verbindlichkeiten sowie den Eventualverbindlichkeiten sind Fremdwährungen in Höhe von TEUR 56.095 (Vorjahr: TEUR 118.430) enthalten.

19. Termingeschäfte

Es besteht ein Termingeschäft in Form eines Zins-Swaps. Dieser wurde als Eigengeschäft zur Steuerung des strategischen Zinsbuchs abgeschlossen. Kontrahent des derivativen Geschäfts ist die DZ BANK AG, Frankfurt am Main.

In der nachfolgenden Tabelle ist das am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäft dargestellt. Neben der Darstellung der zugehörigen Produktgruppe wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis des Nominalbetrags angegeben.

Nominalbetrag / Restlaufzeit						
	< = 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe	beizulegender Zeitwert	Adressen- risiko
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsbezogene Geschäfte						
Zins-Swap	200.000	0	0	200.000	- 2.823	0

Das zinsbezogene Geschäft ist mit seinem Barwert zum Bilanzstichtag angegeben. Dabei haben wir die variablen Zinszahlungsströme mit Forward Rates – abgeleitet aus der aktuellen Zinsstrukturkurve – berechnet und diese – ebenso wie die fixen Zahlungsströme – mit der Swapkurve diskontiert.

Dieses zinsbezogene Termingeschäft dient in voller Höhe der Absicherung von Zinsänderungsrisiken.

Es entfällt kein Geschäft auf Handelsgeschäfte mit Kunden.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die Zinserträge beinhalten mit TEUR 4.072 (Vorjahr: TEUR 3.711) periodenfremde Erträge, die im Berichtsjahr realisiert wurden.
2. Die in den Provisionsaufwendungen enthaltenen Aufwendungen für Verwaltungskredite in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 3) wurden mit den in den Provisionserträgen enthaltenen Erträgen für Verwaltungskredite verrechnet.
3. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Anforderungen von Mitteln der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, in Höhe von TEUR 11.293 (Vorjahr: TEUR 27.064).

Die Zahlung von Mitteln der Sicherungseinrichtung resultiert hauptsächlich daraus, dass die Bank, deren Tätigkeit unter anderem in der Übernahme und Abwicklung sicherungseinrichtungsgestützter Forderungen liegt, Ansprüche gegen die Sicherungseinrichtung realisiert.

Ferner werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen Miet- und Pachteinahmen von TEUR 13.394 (Vorjahr: TEUR 14.176) ausgewiesen.

Die Gewinne aus dem Abgang von Immobilien und die Erträge aus Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB beliefen sich im Geschäftsjahr auf insgesamt TEUR 7.836 (Vorjahr: TEUR 8.871).

Darüber hinaus werden Erträge aus der Währungsumrechnung von TEUR 296 (Vorjahr: Aufwendungen TEUR 114) unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

4. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen TEUR 6.896 (Vorjahr: TEUR 6.647).
5. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten mit TEUR 12.399 (Vorjahr: TEUR 11.858) im Wesentlichen Aufwendungen für Immobilien. Davon entfielen TEUR 936 (Vorjahr: TEUR 724) auf Verluste aus dem Abgang von Objekten und TEUR 2.072 (Vorjahr: TEUR 662) auf Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 4 Satz 1 HGB.

Des Weiteren werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Immobilienvermittlungsprovisionen für den Verkauf von bankeigenen Objekten und Immobilien von Kunden in Höhe von TEUR 2.681 (Vorjahr: TEUR 3.362) ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 379 (Vorjahr: TEUR 286) betreffen mit TEUR 371 die Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (Vorjahr: TEUR 273) sowie mit TEUR 8 die Aufzinsung der Rückstellungen für Betriebsprüfungen und Archivierungskosten (Vorjahr: TEUR 13).

6. Im Rahmen von Teilrückzahlungen auf Wertpapiere konnten im Berichtsjahr Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren in Höhe von TEUR 237 (Vorjahr: TEUR 232) erzielt werden.
7. Des Weiteren werden, aus Ergebnisabführungsverträgen resultierend, Aufwendungen aus Verlustübernahmen in Höhe von TEUR 5.641 (Vorjahr: TEUR 1.491) und Erträge aus abgeführten Gewinnen in Höhe von TEUR 86 (Vorjahr: TEUR 204) in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.
8. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten in voller Höhe mit TEUR 1.228 (Vorjahr: TEUR 2.194) das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

1. Aktionäre/Aktien

	Aktionäre	Aktien	Grundkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Stille Einlage
	Anzahl	Stück	EURO	EURO	EURO	EURO
Anfang 2014	17	3.120.264	81.125.720	123.058.300	0	52.151.772
Zugang 2014	0	0	0	0	0	0
Abgang 2014	0	0	0	0	0	0
Ende 2014	17	3.120.264	81.125.720	123.058.300	0	52.151.772

Bei den Aktien handelt es sich ausschließlich um Stammaktien.

Die Bank wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 11. Juli 2013 ermächtigt, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister mit Zustimmung des Aufsichtsrates einmalig oder mehrfach gegen Bareinlage um bis zu EUR 17.983.394,00 durch Ausgabe neuer, auf den

Namen lautender Aktien im Nennbetrag von je EUR 26,00 zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Die Bank wurde durch Beschlüsse der Hauptversammlung in Vorjahren, letztmals durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2014 ermächtigt, eigene Aktien gem. § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG von Kleinaktionären zu erwerben und an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) oder an Dritte zu veräußern. Die am 31. Dezember 2014 noch im Bestand der Bank befindlichen 44 Aktien wurden am 14. September 2004 zum Nennbetrag erworben. Der Anteil des auf die eigenen Aktien entfallenden Grundkapitals beträgt 0,001% bzw. EUR 1.144,00. Der Nennwert je vinkulierter Namensaktie beträgt EUR 26,00.

Die Stillen Einlagen werden ausschließlich vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, als Stille Einlagen mit Rangrücktrittsvereinbarung unterhalten.

Der BVR hat der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, eine Mehrheitsbeteiligung gem. § 16 Abs. 1 AktG angezeigt.

2. Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	17,75	0,25
Handlungsbevollmächtigte	34,50	7,00
Angestellte	55,75	24,50
Gewerbliche Arbeitnehmer	0,00	4,00
Summe	108,00	35,75

Es wurden durchschnittlich 14,50 Auszubildende beschäftigt.

3. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Finanzielle Verpflichtung	Erfüllungsbeträge (Mio. EUR)
<u>Mietvertrag</u> für das Gebäude Hamm, Gabelsbergerstr. 1a; der Mietvertrag läuft mindestens bis zum 31. Juli 2016	0,7
<u>Besserungsscheinverpflichtung</u> zugunsten der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.	518,7
<u>Garantie</u> zugunsten der GENO Rechenzentrum GmbH, Hamm, für die Erfüllung der Verpflichtungen aus Mietverträgen	21,3
Verpflichtungen aus begebenen <u>Freistellungserklärungen</u> gegenüber Gesellschaften der BAG-Gruppe	4,5
	545,2

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von Mio. EUR 544,5 (Vorjahr: Mio. EUR 546,7).

4. Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 6 AktG

Zugunsten der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, bestehen Ansprüche aus 127 Besserungsscheinverpflichtungen; im Geschäftsjahr sind davon 6 neu entstanden.

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile
in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
			Jahr	€	Jahr	€
1.) Direkter Anteilsbesitz						
CORONA-Vermittlungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	100	2013	13.115.140,83	2013	0,00
GbR Rathausstraße 15+17 **)	ohne eigenen Sitz	65	**)		**)	
PROMOTA-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	0,00
2.) Indirekter Anteilsbesitz						
ABV Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	München	49,7	2013	5.953,79	2013	-2.198,39
ABV Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Zenetiplatz KG	München	49,7	2013	0,00	2013	1.067.533,50
Achte GKB Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Berlin	100	2013	0,00	2013	962.220,74
ACHTE Grundbesitz KG RENTADOMO Fondsverwaltung GmbH & Co. ***)	Kleinmachnow	31,82	2011	2.177.342,23	2011	-36.835,52
Alexander-von-Humboldt-Klinik GRZ Geriatisches Rehabilitationszentrum Betriebsgesellschaft mbH	Bad Steben	45,12	2013	-127.933,24	2013	54.321,25
Aumühlenresidenz Oberursel GmbH	Frankfurt am Main	94,99	2013	-176.831,22	2013	201.084,46
BAG IT Service GmbH	Hamm	100	2013	25.000,00	2013	0,00
BAG IZV Service GmbH	Hamm	100	2013	102.300,00	2013	17.688,10
BAG SeFa GmbH	Hamm	100	2013	124.685,83	2013	0,00
BAG Wert GmbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	0,00
BEGO Immobilien Management GmbH	Hamm	100	2013	1.323.826,53	2013	-30.042,48
BEGO Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Hamm	100	2013	2.651.905,65	2013	0,00
BEGO Immobilienprojekt GmbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	6.623,92
BEGO Vermögens- und Verwaltungs-GmbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	41.956,83
DBE Immobilienverwaltungs GmbH	München	48	2013	0,00	2013	1.183.410,40
DEGESPREE Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Berlin	100	2013	272.722,69	2013	36.399,80
Deutsche Bauentwicklung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	49,7	2013	166.607,90	2013	460.417,98
Deutsche Bauentwicklung GmbH & Co. Grundbesitzverwertungs KG	München	49,7	2013	0,00	2013	934.262,18

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile
in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
			Jahr	€	Jahr	€
Deutsche Bauentwicklung GmbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	München	49,7	2013	0,00	2013	-520.600,90
DG ANLAGE Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	94,99	2013	1.064.624,15	2013	0,00
DG ANLAGE Holland-Fonds "Maastricht"-Verwaltungs- GmbH	Frankfurt am Main	94,99	2014	2.246,46	2014	-373,15
DG ANLAGE Holland-Fonds Zwei-Verwaltungs-GmbH	Frankfurt am Main	49,7	2014	40.527,46	2014	-2.166,37
DG ANLAGE Objektbeteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	94,99	2013	26.873,16	2013	-287,57
DG IMMOBILIEN MANAGEMENT Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	94,99	2013	3.931.762,04	2013	0,00
DG IMMOBILIEN MANAGEMENT GmbH & Co. Objekt Geschäftshaus Am Gendarmenmarkt KG	Frankfurt am Main	94,99	2013	0,00	2013	-582,13
DG Immobilien-Anlagegesellschaft "Günzburg, Magdeburg" Kreft & Dr. Neumann KG	Frankfurt am Main	55,89	2012	0,00	2012	-123.708,63
DG Immobilien-Anlagegesellschaft mbH & Co. "Kinocenter Essen" KG	Frankfurt am Main	56,1	2012	-1.685.327,36	2012	-366.988,02
DGI Liegenschaften GmbH	Frankfurt am Main	94,99	2013	1.432.251,74	2013	0,00
DGVR Alpha Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH	Eschborn	47,5	2012	34.398,79	2012	8.762,26
Doric Erste Aviation GmbH & Co. KG	Offenbach am Main	26,66	2012	3.230.819,87	2012	-41.742,62
Doric Erste Navigation GmbH & Co. KG	Offenbach am Main	26,45	2012	713.402,57	2012	-429.522,15
Dritte Grundbesitz KG Stadtgrund Beteiligungs GmbH & Co. KG	Rangsdorf	26,58	2012	6.998.164,56	2012	-366.702,43
Dritte GKB Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Berlin	100	2013	0,00	2013	-353.926,42
DVL Deutsche Verkehrs-Leasing GmbH	Eschborn	23,84	2012	5.448.120,40	2012	2.269.618,19
Einundzwanzigste BEGO Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Dahn	99,86	2013	0,00	2013	-53.286,19
EMBE Fonds-Projekt GmbH	Berlin	48	2013	0,00	2013	-1.353.158,18
EMBE Immobiliengesellschaft mbH	Hamm	100	2013	6.764.879,96	2013	0,00
Erste Grundbesitz KG ERGE Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.	Rangsdorf	24,6	2013	4.381.613,77	2013	74.486,98
Erste Grundbesitz KG RENTADOMO Fondsverwaltung GmbH & Co.	Rangsdorf	21,25	2013	25.796.009,58	2013	-816.118,67
GAF Treuhand GmbH	Offenbach am Main	100	2013	76.710,16	2013	1.281,62
Galileo Fonds Betreutes Wohnen in Neutraubling GbR	Regensburg	20,11	2013	6.623.615,51	2013	-16.379,24
GbR Kronenstraße	Berlin	94,99	2012	0,00	2012	0,00

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile
in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
			Jahr	€	Jahr	€
GFW Grundstücksgesellschaft mbH	München	49,7	2013	62.361,35	2013	19.044,42
GFW Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Argentum KG	München	49,7	2013	0,00	2013	-658.808,16
GFW Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Objekt Alpha KG	München	49,7	2013	0,00	2013	-284.954,69
GFW Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleinenbroich KG	München	49,7	2013	0,00	2013	1.005.170,65
GFW Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Objekt Salus KG	Bad Reichenhall	46,72	2013	0,00	2013	-37.562,72
GHG Gesellschaft für Haus- und Grundbesitzvermittlung mbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	176.852,03
Grund + Renten Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Berlin	100	2012	600.123,85	2012	-1.143,37
Grundstücks- Vermögens und Verwaltungs GbR Bachwiesenstraße 21 - 25, Stuttgart	Stuttgart	54,1	2013	3.079.243,88	2013	51.523,32
Grundstücks- Vermögens und Verwaltungs GbR Mönchhaldenstraße 28, Stuttgart	Stuttgart	60,19	2013	2.327.404,99	2013	32.553,83
Grundstücks- Vermögens und Verwaltungs-GbR Stuttgart-Mitte 4	Stuttgart	25,99	2012	12.629.330,22	2012	234.664,38
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs GbR Mörikestr. 17-21, Stuttgart	Stuttgart	27,56	2013	5.550.632,39	20013	118.989,23
Grundstücks- Vermögens und Verwaltungs-GbR Untere Waldplätze 2	Stuttgart	22,46	2013	3.740.869,99	2013	-14.212,07
Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs- GbR Wolf-Hirth-Straße 8	Stuttgart	26,1	2013	4.099.988,93	2013	-112.007,70
GVA GENO-Vermögens-Anlage-Gesellschaft mbH	Hamm	100	2013	16.981,94	2013	-1.045.240,94
GVG Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	München	45,53	2013	0,00	2013	115.268,53
GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Bruchköbel	Niederdorfelden	30,59	*)			
GVV Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Hochtaunus	Niederdorfelden	33,88	*)		2009	4.634,76
HB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	Hamm	100	2013	2.920.061,94	2013	0,00
HFI Finanz- und Investitions-Beratungsgesellschaft Hamm mbH	Hamm	100	2013	951.984,91	2013	293.638,79
Immobilien-Vermögens & Verwaltungs-GbR Nr. 5 *)	Leinfelden-Echterdingen	26,34	2011	8.497.673,04	2011	-28.756,60
Immobilienverwaltungsgesellschaft Lindenstraße 20 - 25 mbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	180.119,70
Joint-Venture-Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit Haftungsbeschränkung	Berlin	94,99	2012	0,00	2012	-5.958,82
NFB Verwaltungs- und Betriebsgesellschaft mbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	26.246,96
NORDCAPITAL Immobilienfonds Niederlande 7 GmbH & Co. KG	Hamburg	37,46	2013	37.870.307,72	2013	1.089.058,11

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile
in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
			Jahr	€	Jahr	€
Pariser Platz 3 Grundbesitz Gesellschaft mbH	Berlin	94,99	2011	422.012,76	2011	-97.987,24
Polaris Fonds GmbH & Co. Fünfte Kommanditgesellschaft für geschlossene Immobilienfonds in den Niederlanden	Frankfurt am Main	27,24	2013	1.132.595,41	2013	-858.099,78
Quartier 30 - Gendarmenmarkt GbR mbH	Frankfurt am Main	94,99	2011	0,00	2011	-300.868,46
RDZ Bremen GmbH	Bremen	100	30.11.2014	25.642,74	30.11.2014	-4.020,02
SAG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft MS Bulk India mbH & Co. KG	Dortmund	38,14	2013	9.095.888,40	2013	-6.702.994,88
Unitas Grundstücksgesellschaft mbH	Hamm	100	2013	1.722.785,50	2013	0,00
Vierundzwanzigste BEGO Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	100	2013	0,00	2013	610.269,72
Volksbank Immobilien und Bauträger GmbH & Co KG	Hamm	100	2013	0,00	2013	-275.443,57
Voyage Hotel Betriebs-GmbH	Hamm	100	2013	0,00	2013	0,00
VR Inkasso Leasing & Consulting GmbH	Hamm	100	2013	228.720,25	2013	62.555,30
VR-LIW GmbH	Hamm	100	2013	947.752,94	2013	6.330,39
VR RECHTSBEISTAND GmbH	Hamm	100	2013	245.705,35	2013	74.632,32
VR-ZGL ABS GmbH & Co. KG	Hamm	100	2013	8.973.724,39	2013	269.730,42
VR-ZGL GmbH & Co. KG	Hamm	100	2013	15.000.880,49	2013	-335.868,44
VR-ZGL Verwaltung GmbH	Hamm	100	2013	20.482,58	2013	-195,50
VR-ZWP GmbH	Hamm	100	2013	168.401,23	2013	84.756,06
WBF III. Wohnbau Fonds GbR	Frankfurt am Main	37,37	2012	542.761,20	2012	-42.149,56
Zwanzigste GKB Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	100	2013	0,00	2013	-2.173.678,45
Zweiundzwanzigste BEGO Liegenschaften GmbH & Co. Immobilienprojekt KG	Hamm	100	2013	21.472,00	2013	-12.105,77

5. Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB

Die BAG Bankaktiengesellschaft besitzt folgende direkte und indirekte Kapitalanteile
in Höhe von mindestens 20 Prozent an folgenden Unternehmen:

Name	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	
			Jahr	€	Jahr	€
3.) Indirekter Anteilsbesitz in Liquidation / Insolvenz						
BEGO Anlagen-Management GmbH (in Insolvenz)	Hamm	100	2010	0,00	2010	-4.969.814,20
BEGO Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Hamm	100	2013	3.263.326,24	2013	0,00
BEGO Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Hamm	100	2013	0,00	2013	0,00
GENO Asset Finance GmbH i.L.	Nidderau	50	2013	805.611,54	2013	264.396,29
GENO-Rechenzentrum GmbH i.L.	Hamm	100	2013	58,60	2013	0,00
Grund + Renten Gesellschaft für Anlagen Consult mbH i.L.	Hamm	100	2013	0,00	2013	78.138,82
Grundstücksgesellschaft Sillenbuch GmbH i. L.	Hamm	100	31.03.2014	0,00	31.03.2014	-10.509,55
Immobilien-Anlagegesellschaft Fonds Nr. 3 Dr. Baumann - Dr. Sonnemann KG (in Liquidation)	Frankfurt am Main	30,1	2008	1.162.392,52	2008	15.509.194,93
Kleverland Immobilien GmbH (in Insolvenz)	Berlin	48	2007	23.031,96	2007	-8.856,46
L E T Luftfilter und Entstaubungstechnik Gesellschaft mit beschränkter Haftung (in Liquidation)	Meschede-Enste	75,1	2005	29.138,39	2005	22.406,56
Otto Lillenthal Elfte DGVR Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG i.L.	Pullach	20,23	2010	128.586,60	2010	36.924.625,16
Victoria-Areal GmbH & Co. Lindenstraße KG	Hamm	94,98	2013	5.713,66	2013	-211.439,78
VOBA Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Grundstückskommanditgesellschaft (in Insolvenz)	Berlin	48	2007	0,00	2007	109.800,71
Vierundzwanzigste Gamma Trans Leasing Verwaltungs-GmbH & Co. Finanzierungs-Management KG i.L.	Nidderau	100	2012	347.924,64	2012	66.566.906,48

*) Gesellschaft bilanziert nicht, sondern erstellt eine Einnahmen-Überschussrechnung zur Ermittlung des Jahresergebnisses.

**) Gesellschaft bilanziert nicht.

6. Offenlegung durch die Institute

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu tätigen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Nachdem die Bank auf das vom BVR zur Verfügung gestellte Kapital eine Verzinsung von TEUR 278 aufwandswirksam im Jahresabschluss 2014 berücksichtigt hat, beträgt die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme, wie in den Vorjahren 0%.

7. Sonstige Angaben

Die Bezüge des Vorstandes beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf TEUR 528. Die Bezüge für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betragen TEUR 190. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen sind TEUR 2.745 zurückgestellt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2013 eine Vergütung von TEUR 167 erhalten. Für die im Jahr 2015 zu zahlende Aufsichtsratsvergütung des Geschäftsjahres 2014 wurden TEUR 185 zurückgestellt. Den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden weder Kredite gewährt noch sind Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen worden.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von TEUR 4.493.

Die Bank ist Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes e.V., Münster, und gehört der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, an.

Auf die Angabe des Gesamthonorars des bestellten Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wurde verzichtet, da die Angabe im Konzernabschluss der BAG enthalten ist.

Die Bank unterhält im wesentlichen Umfang Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen. Diese erfolgen zu marktüblichen Konditionen.

8. Mitglieder des Vorstandes (Vor- und Zuname)

René Kunsleben, Dipl.-Betriebswirt (FH), Mitglied des Vorstandes (ab 01.11.2014)

Monika Lösing, Dipl.-Bankbetriebswirtin (ADG), Mitglied des Vorstandes

Andreas Zeiselmaier, Dipl.-Betriebswirt, Mitglied des Vorstandes

9. Mitglieder des Aufsichtsrates (Vor- und Zuname)

Gerhard Hofmann, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin - Vorsitzender -

Horst Kessel, WP/StB Dipl.-Betriebswirt (FH), Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes e. V., Frankfurt am Main - Stellvertretender Vorsitzender -

Alexander Büchel, Dr. WP/StB Rechtsanwalt, Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbands Bayern e.V., München

Ulrich Dönges, WP/StB Dipl.-Kfm., Bereichsleiter der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin

Martin Eul, Bankdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Dortmunder Volksbank eG, Dortmund

Andreas Heinze, Bankdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Rietberg eG, Rietberg

Gerhard Janke, Bankdirektor, Vorsitzender des Vorstandes der Raiffeisenbank Ober- teuringen eG, Oberteuringen

Siegfried Mehring, WP/StB Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes des Rheinisch- Westfälischen Genossenschaftsverbandes e. V., Münster

Gerhard Schorr, WP/StB Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes des Baden- Württembergischen Genossenschaftsverbandes e. V., Stuttgart

Michael Speth, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes der WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf (ab 17.06.2014)

Frank Westhoff, Dipl.-Kfm., Mitglied des Vorstandes der DZ BANK AG Deutsche Zent- ral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

Hans-Bernd Wolberg, Mitglied des Vorstandes der WGZ BANK AG Westdeutsche Ge- nossenschafts-Zentralbank, Düsseldorf (bis 17.06.2014)

Eva Wunsch-Weber, Dipl.-Kffr., Vorsitzende des Vorstandes der Frankfurter Volks- bank eG, Frankfurt am Main

Dietmar Gärtner, Bankkaufmann, Arbeitnehmervertreter

Ulrike von Hasselbach, Rechtsanwältin, Arbeitnehmervertreterin

Norbert Hesping, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

André Lojack, Rechtsanwalt, Arbeitnehmervertreter

Merle Rogge, Bankfachwirtin, Arbeitnehmervertreterin

Reinhard Wollny, Ass. jur., Arbeitnehmervertreter

Hamm, den 31. März 2015

**BAG Bankaktiengesellschaft
Der Vorstand**



Kunsleben



Lösing



Zeiselmaier



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §§ 340k und 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bonn, den 31. März 2015

DGR Deutsche Genossenschafts-Revision
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH

(Mende)
Wirtschaftsprüfer

(Dr. Brauer)
Wirtschaftsprüfer



Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss und Konzernabschluss 2014 der BAG Bankaktiengesellschaft

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands verlief in 2014 trotz der schwierigen internationalen Rahmenbedingungen und der geopolitischen Konflikte besser als in den Vorjahren. Gleichwohl bestehen weiterhin wirtschaftliche Unsicherheiten in der Eurozone. Die Europäische Zentralbank hat vor diesem Hintergrund die Notenbankzinsen weiter gesenkt und im Januar 2015 den Ankauf von (Staats-) Anleihen im Rahmen des „quantitative easing“-Programms beschlossen. Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass das Zinsniveau an den Märkten ausgesprochen niedrig bleiben wird. Die deutschen Genossenschaftsbanken haben sich unter diesen schwierigen äußeren Bedingungen gut entwickelt. Sie konnten ihre Erträge auf einem vergleichsweise hohen Niveau stabilisieren und dadurch ihre Eigenmittelausstattung weiter verbessern. Das mitgliederfokussierte Geschäftsmodell der Genossenschaftsbanken ist primär auf das traditionelle Einlagen- und Kreditgeschäft in der jeweiligen Region ausgerichtet. Die BAG Bankaktiengesellschaft unterstützt die Mitglieder der genossenschaftlichen FinanzGruppe insbesondere bei der professionellen Bearbeitung von Problemkrediten, sei es durch den Ankauf derartiger Engagements oder durch ein sog. Servicing ohne eigene Risikoübernahme. Die vor allem in den Geschäftsjahren bis 2005 schwerpunktmäßig durch die BAG Bankaktiengesellschaft wahrgenommene Aufgabe, bei der Restrukturierung von Banken der genossenschaftlichen FinanzGruppe unterstützend tätig zu werden, ist im Geschäftsjahr 2014 erneut nicht zum Tragen gekommen. Unabhängig davon erkennen die Genossenschaftsbanken insgesamt zunehmend den Mehrwert einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der BAG Bankaktiengesellschaft und nutzen verstärkt ihre Produktleistungen und ihr Know-how bei der Bearbeitung von Problemkrediten.

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben unter Berücksichtigung der zuvor genannten Rahmenbedingungen wahrgenommen und den Vorstand der Bank laufend überwacht und beraten. Er befasste sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe, dem Risikomanagementsystem, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Der Aufsichtsrat hat die Unternehmensstrategie sowie grundsätzliche Fragen der strategischen Weiterentwicklung und deren Umsetzung mit dem Vorstand erörtert. Zudem hat er sich vom Vorstand regelmäßig über die Geschäftspolitik, die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle regelmäßig und umfassend schriftlich und mündlich unterrichten lassen und hierüber mit ihm beraten. Zwischen den jeweiligen Sitzungszeiträumen erforderliche Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2014 fanden vier ordentliche und zwei außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats statt. Kernthemen dieser Sitzungen waren:

- die quartalsweise Berichterstattung zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank und der BAG-Gruppe
- die quartalsweise Risikoberichterstattung
- die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie inkl. der Planung für die Folgejahre
- die regelmäßige Berichterstattung über die Projekte „Kulturwandel“ und „Neuausrichtung IT“

- die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und Billigung des Konzernabschlusses 2013 sowie die Erörterung wesentlicher Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung
- die Erörterung der Ergebnisse der in 2013 erfolgten Prüfung des Geschäftsbetriebes gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der BAG Bankaktiengesellschaft hat zwei Ausschüsse eingerichtet, einen Nominierungsausschuss und einen Risiko- und Prüfungsausschuss. Im Geschäftsjahr 2014 fanden zwei Sitzungen des Nominierungsausschusses und drei Sitzungen, davon eine außerordentliche Sitzung, des Risiko- und Prüfungsausschusses statt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in den jeweils nachfolgenden Sitzungen über Inhalt und Ergebnisse dieser Ausschusssitzungen unterrichtet.

Jahresabschluss

Vertreter der Abschlussprüferin haben an der heutigen Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Im Vorfeld ist das Ergebnis der Prüfung dem Risiko- und Prüfungsausschuss erläutert und von diesem ausführlich erörtert worden. Der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hat hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates berichtet.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2014 mit Lagebericht und der Konzernabschluss mit Lagebericht – unter Einbeziehung der Buchführung – sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten DGR – Deutsche Genossenschafts-Revision Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, Bonn, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung nach Einsicht in die Berichte der Abschlussprüferin sowie auf Basis der Empfehlung des Risiko- und Prüfungsausschusses zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat heute festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt.

Personalien

Herr Wolberg ist als Mitglied des Aufsichtsrats ab Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung am 17.06.2014 ausgeschieden. An seiner Stelle ist Herr Speth, Mitglied des Vorstands der WGZ BANK AG, als neues Mitglied in den Aufsichtsrat in der ordentlichen Hauptversammlung am 17.06.2014 gewählt worden.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAG Bankaktiengesellschaft und des BAG-Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

59069 Hamm, den 07. Mai 2015



Hofmann

- Vorsitzender des Aufsichtsrates -

BAG Bankaktiengesellschaft
Gabelsbergerstr. 1a
59069 Hamm
www.bag-bank.de



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken